



WORTPROTOKOLL

der Pflegeenquete

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 18. Jänner 2007

10.07 Uhr - 13.42 Uhr

Programm

- 10.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung durch Landtagspräsident **Walter PRIOR**
- 10.15 Uhr Einleitungsstatements von:
Landtagsabgeordneter **Johann Tschürtz**
Landtagsabgeordnete **Mag^a. Margarethe Krojer**
Landtagsabgeordneter **Ing. Rudolf Strommer**
Landtagsabgeordneter **Christian Illedits**
- 10.40 Uhr Fachreferate von:
Dr. Christian Schober
NPO-Institut an der Wirtschaftsuniversität Wien
Dr. med. univ. Dagmar Belakowitsch-Jenewein
Nationalratsabgeordnete
o. Univ. Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal
Institut für Arbeitsrecht der Uni Wien
Dr. Christoph Klein
Bereichsleiter Soziales der Arbeiterkammer Wien
- 11.20 Uhr Statement von:
Landesrat **Dr. Peter Rezar**
- 11.30 Uhr Pause
- 12.00 Uhr Allgemeine Diskussion

Inhalt

Eröffnung und Begrüßung durch Landtagspräsident Walter PRIOR (S. 4)

Einleitungsstatements:

Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz (S. 6), Landtagsabgeordnete Mag^a. Margarethe Krojer (S. 7), Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer (S. 9), Landtagsabgeordneter Christian Illedits (S. 11).

Fachreferate:

Dr. Christian Schober (S. 12), Nationalratsabgeordnete Dr. med. univ. Dagmar Belakowitsch-Jenewein (S. 16), o. Univ. Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal (S. 19), Dr. Christoph Klein (S. 22).

Statement:

Landesrat Dr. Peter Rezar (S. 26)

Allgemeine Diskussion:

Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz (S. 28), Landtagsabgeordnete Anna Schläffer (S. 29), o. Univ. Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal (S. 29), Dr. Christoph Klein (S. 30), o. Univ. Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal (S. 32), Landtagsabgeordneter Oswald Klikovits (S. 32), Landtagsabgeordneter Erich Trummer (S. 34), Karin Hamminger (S. 34), Josef Berghofer (S. 35), Mag. Editha Funovics (S. 37), Dr. Klaus Just (S. 38), Landtagsabgeordneter Christian Sagartz (S. 39), Direktor Andreas Achrainner (S. 39), Dr. Christoph Klein (S. 40), Mag. Christian Moder (S. 42), Dr. Markus Glatz-Schmallegger (S. 43), Reinhilde Schutting (S. 44), Landtagsabgeordneter Leo Radakovits (S. 45), Mag. Thomas Eminger (S. 45), Landesrätin Verena Dunst (S. 47), o. Univ. Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal (S. 48), Dr. Milan Kornfeind (S. 49), Landtagsabgeordneter Mag. Werner Gradwohl (S. 50), Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz (S. 50), Nationalratsabgeordnete Dr. med. univ. Dagmar Belakowitsch-Jenewein (S. 50), Landesrat Dr. Peter Rezar (S. 52)

Beginn der Enquete: 10 Uhr 07 Minuten

Präsident Walter Prior: Guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich er öff n e die parlamentarische Enquete des Burgenländischen Landtages.

Mit Beschluss des Burgenländischen Landtages vom 14. Dezember 2006 wurde diese Enquete beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir heute im Landtag die erste Enquete dieser Legislaturperiode durchführen und dass dabei das Thema „Pfleger“ im Mittelpunkt steht.

Als Präsident des Burgenländischen Landtages halte ich das aus zwei Gründen für ein wichtiges Signal:

1. Setzen wir damit die Aufwertung und Weiterentwicklung des Landtages fort. Eine Weiterentwicklung, die das Landesparlament über seine eigentlichen Kompetenzen hinaus zu einem offenen Forum der Diskussion machen soll - eine Begegnungsstätte, in der Politik, Experten, Vertreter wichtiger Institutionen Meinungen austauschen und gemeinsame Lösungen erarbeiten.
2. Ist das Pflegethema ein sozialpolitisches Schlüsselthema. Ein Thema, das viele Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich betrifft.

Wenn ein Familienmitglied zum Pflegefall wird, wenn man selbst aus Alters- oder Krankheitsgründen der Pflege bedarf, bedeutet das eine der schwierigsten Lebenslagen der Betroffenen.

In dieser Situation müssen sich die Menschen auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können.

Ich darf hier aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Gusenbauer zitieren, der gesagt hat:

„Jeder und jede soll sich für die Art von Pflege entscheiden dürfen, die den jeweiligen Bedürfnissen entspricht - sei es zu Hause im Kreis der Angehörigen, sei es durch die professionelle Betreuung mobiler Dienste oder sei es durch die engagierten Kräfte in den Heimen und Senioreneinrichtungen.“

Dazu brauchen wir eine Ausweitung der Leistungen der mobilen Dienste, die Entwicklung eigener Betreuungsformen für spezifische Alterserkrankungen und die Etablierung einer legalen Form der 24-Stunden-Betreuung. Ebenso wichtig ist für uns die Stärkung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, vor allem von pflegenden Angehörigen.“ Zitat Ende.

Meine Damen und Herren! Das Burgenland steht zu seiner Verantwortung für die ältere Generation, für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, für alle, die unserer Pflege, unserer Hilfe und unserer Betreuung bedürfen.

Wir haben in den letzten Jahren eine große Kraftanstrengung unternommen, um leistungsstarke soziale Netze zu knüpfen.

Das ist ein gemeinsamer Verdienst des Landes, federführend des zuständigen Sozialreferenten Dr. Peter Rezar, der Gemeinden und aller beteiligten Partner im Gesundheits- und Pflegewesen.

Die Diskussion des letzten Sommers hat aber gezeigt, dass Österreich im Pflegebereich vor großen, teilweise ungelösten Herausforderungen, vor neuen Problemen steht.

Dafür bedarf es partnerschaftlicher Lösungen - Lösungen, hinter denen alle Akteure des Sozialsystems stehen, die von Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam getragen werden können.

Der Burgenländische Landtag beweist mit dieser heutigen Enquete, dass wir uns gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, dass wir diesen notwendigen Diskussionsprozess auf breiter Basis vorantreiben wollen.

Ich freue mich sehr, dass wir für diese Diskussion hochrangige Experten gewonnen haben, die den Themenbereich Pflege in ihren Referaten ausleuchten werden.

Ich begrüße sehr herzlich Frau Nationalratsabgeordnete Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein. Guten Tag gnädige Frau. *(Allgemeiner Beifall)*

Sehr herzlich willkommen auch Herr Dr. Christian Schober vom MPO-Institut der Wirtschaftsuniversität Wien. Herzlich willkommen Herr Professor. *(Allgemeiner Beifall)*

Weiters begrüße ich Herrn Dr. Christoph Klein, Bereichsleiter Soziales der Arbeiterkammer Wien. Herzlich willkommen Herr Doktor. *(Allgemeiner Beifall)*

Herr Univ.Prof. Mag. Dr. Mazal wird sich etwas verspäten, wird etwa erst in einer halben Stunde kommen.

Natürlich begrüße ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Burgenländischen Landtages, der Burgenländischen Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und den ressortzuständigen Soziallandesrat Dr. Peter Rezar, der ein Grundsatzstatement abgeben wird.

Besonders herzlich aber begrüße ich Sie, als Vertreter der burgenländischen Pensionisten-, Senioren-, Hilfsorganisationen und Pflegeeinrichtungen, die die wichtigsten Stützen des sozialen Lebens in unserem Heimatland sind, sowie Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie zu dieser heutigen Veranstaltung gekommen sind.

In diesem Sinne wünsche ich mir und uns, dass diese Enquete eine spannende, sachliche und konstruktive Diskussion ergeben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor wir in die Enquete einsteigen, möchte ich Ihnen noch einige Details zum Ablauf bekanntgeben:

Gemäß § 35 Abs. 4 GeOLT hat der Hauptausschuss des Burgenländischen Landtages alle näheren Regelungen über den Ablauf dieser Enquete zu beschließen.

In der 3. Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch, dem 29. November 2006 wurden daher folgende Regelungen getroffen:

Am Beginn der Enquete erhält jeder Landtagsklub die Möglichkeit, eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten für ein Einleitungsstatement zu nominieren. Die Wortmeldung ist mit fünf Minuten beschränkt.

Danach erfolgen die Fachreferate unserer heutigen Expertinnen und Experten sowie eine Wortmeldung des zuständigen Landesrates Dr. Peter Rezar. Diese Wortmeldungen sind mit zehn Minuten beschränkt.

Nach einer kurzen Pause findet dann eine öffentliche Diskussion statt, zu der sich jeder hier im Sitzungssaal und auf der Galerie zu Wort melden kann.

Für die Wortmeldungen zur Diskussion wurden Anmeldezettel vorbereitet. Ich ersuche Sie daher, speziell von den Gästen auf der Galerie, in der Pause diese Zettel auszufüllen und hier vorne am Präsidium abzugeben. Die Reihung der Wortmeldungen erfolgt nach Einlangen der Anmeldezettel. Die Wortmeldung selbst kann von der Galerie mittels Funkmikrofon nach Aufruf erfolgen.

Ebenso wurde im Hauptausschuss vereinbart, dass um zirka 14.00 Uhr diese Enquete beendet werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir steigen jetzt direkt in die Enquete ein und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Tschürtz das Wort.

Herr Abgeordneter, wie bereits erwähnt, beträgt Ihre Redezeit fünf Minuten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine sehr geehrten Damen und Herren Experten! Liebe Gäste!

Die FPÖ hat diese Enquete in Folge eines dringlichen Handlungsbedarfs beantragt. Erst wenige Wochen vor der Nationalratswahl hat die nunmehrige Kanzlerpartei festgestellt, dass es ihn gibt. Kaum ein Thema hat dann die folgenden Wochen bis zum Wahlkampf am 1. Oktober 2006 so dominiert, wie der Pflegenotstand.

Viele meinten, man hätte das Problem schon lange erkennen müssen, andere meinten anfangs, dass es überhaupt keinen Pflegenotstand gibt.

Nun, so gut wie jeder von uns weiß aus seinem persönlichen Umfeld, dass die Betreuung pflegebedürftiger Menschen mit Problemen verbunden ist.

Nach der psychischen Belastung sind es vor allem organisatorische und im Endeffekt natürlich finanzielle Schwierigkeiten, die mit der Pflege bedürftiger Menschen verbunden sind.

Der Pflegenotstand besteht für den einzelnen also darin, auf legalem Wege eine Pflegekraft zu organisieren, die erstens, eine fachgerechte und angemessene Betreuung des Bedürftigen gewährleisten kann und die zum anderen natürlich auch leistbar sein muss.

Was sich bereits gezeigt hat ist die Tatsache, dass das Problem komplexer ist, als man es in einem hitzigen Wahlkampf darstellen konnte und natürlich auch wollte.

Das hatte zur Folge - und das haben auch die Hilfsorganisationen bereits einige Wochen nach der Wahl kritisiert - dass das Thema Pflegenotstand sehr rasch wieder aus dem öffentlichen Rampenlicht verschwunden ist.

Der Stein, den sie ins Rollen gebracht haben, war ihnen wohl zu groß geworden.

Immerhin wurde das Thema Pflege im aktuellen Regierungsprogramm mit vier Seiten bedacht, auf denen zumindest Absichtserklärungen zur Lösung des Problems abgegeben werden, ohne jedoch in die Tiefe zu gehen.

Denn eines war im Wahlkampf beinahe schockierend. Nämlich die teilweise absolut witzigen oder wahnwitzigen Vorschläge von so manchen Politikern. Ich denke an den Vorschlag, der vorsah, dass man Langzeitarbeitslose für die Pflege bedürftiger Menschen einsetzt.

Der Freiheitliche Landtagsklub hat sich daher bereits im Herbst entschieden, zum Thema Pflegenotstand eine Enquete im Landtag zu beantragen.

Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei allen anderen Fraktionen dafür, dass sie den Ernst der Lage erkannt und die heutige Diskussion durch ihre Zustimmung zum Antrag der Freiheitlichen Partei ermöglicht haben.

Ich habe bereits vorgeschlagen und ich hoffe, dass es heute diesbezüglich zu einer Diskussion kommt. Ich habe bereits vorgeschlagen, man soll im Burgenland über die Schaffung einer Pflegelehre nachdenken, über eine praxisorientierte Ausbildung im Bereich Pflege und Betreuung.

Im Burgenland schätzt man die Zahl der illegalen Pfleger auf zirka 500. Gleichzeitig stehen derzeit etwa 1.200 Burgenländerinnen und Burgenländer ohne Arbeit, beziehungsweise Ausbildungsplatz da.

Natürlich ist mir bewusst, dass man solche Zahlen nicht einfach so gegeneinander aufrechnen kann, das ist mir schon klar. Ich glaube aber, dass das Land Burgenland in diesem Bereich, vielleicht sogar oder sehr wohl sogar, eine Vorreiterrolle einnehmen sollte und kann.

Die Schaffung einer Pflegelehre wäre daher sicher eine diskussionswürdige Meinung.

Die FPÖ möchte natürlich auch, dass dieser Pflegeanspruch verfassungsrechtlich verankert wird. Natürlich sollte auch der Pflegebereich bei den Pensionszeiten berücksichtigt werden.

Genauso wird es wichtig sein - und da hat uns das neue Regierungsprogramm leider im Stich gelassen - dass das Pflegegeld jährlich angepasst werden soll.

Ich komme zum Schluss. Angesichts der Prognose, dass wir in Österreich bis 2050 etwa 800.000 pflegebedürftige Menschen zu betreuen haben werden, gibt es für uns sehr viel zu tun.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine sehr konstruktive Enquete, möge sie der Ausgangspunkt für den einen oder anderen vernünftigen Lösungsansatz sein, der auch zur Unterstützung gelangt und zur Entspannung der Situation beiträgt. Danke. *(Beifall von der ÖVP, FPÖ und den Experten)*

Präsident Walter Prior: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Sehr geehrte Expertinnen und Experten! Die auch auf den Rängen zu finden sind.

77 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher haben beim Gedanken ans Altern am meisten Angst davor, ein Pflegefall zu werden und auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen zu sein.

Mein Kollege Tschürtz hat schon gesagt, dass im vergangenen Jahr der Pflegenotstand das Thema war, das wochenlang die Diskussion beherrscht hat und das mittlerweile ein bisschen in Vergessenheit geraten ist.

Wir brauchen Lösungen. Wir wissen, dass wir Probleme haben. Die Lösungen sind allgemein noch sehr schwammig, sehr allgemein gehalten und auch im Regierungsübereinkommen nicht wirklich griffig.

Wir brauchen keine kleinen Korrekturen oder Reparaturen, sondern wir brauchen eine grundlegende Änderung des Pflegesystems. Die Gründe liegen viel tiefer und viel komplexer als nur der Bereich der illegal Beschäftigten im Pflegebereich.

Das heißt, die Kosten übersteigen häufig die finanziellen Möglichkeiten der Menschen.

Vielleicht zum Pflegenotstand ein Wort. Ich glaube ein wesentlicher Grund für diesen Pflegenotstand ist ein, meiner Meinung nach, überholtes, unrealistisches, konservatives Familienbild und eine völlige Überschätzung der Möglichkeit der Ehrenamtlichkeit, die dazu geführt hat, dass das Problem schlichtweg über Jahre eigentlich nicht wirklich erkannt worden ist.

Der damalige Bundeskanzler hat zu Beginn der Debatte etwas in die Debatte eingebracht, was ich herausgreifen möchte, nämlich er hat gemeint: „Pflege ist nicht primär Aufgabe, ist nicht primär Thema des Staates.“

Was heißt das? Das heißt, dass Pflege grundsätzlich privatisiert wird und die Hauptlast den Frauen aufgebürdet wird. Denn die Frauen sind jene, die in erster Linie diese Pflege tragen. Wenn sie nicht Sache des Staates ist, dann wird sie letztendlich Sache der Frauen sein.

Es sind zu 85 Prozent die Ehefrauen, die Töchter, die Schwiegertöchter, die Schwestern, die die alten Menschen pflegen.

Das Ziel muss sein, dass diese Arbeit gleichmäßig auf die Gesellschaft aufgeteilt wird, dass sie finanziell leistbar ist und dass die möglichen Formen, die eben für ein würdevolles Altern und auch für ein würdevolles Sterben notwendig sind, auch tatsächlich da sind und dass die Wahlfreiheit, für die Art wie man seinen Lebensabend verbringen möchte, ebenfalls vorhanden ist.

Die Demografie im Burgenland und die daraus sich ergebenden Konsequenzen sind signifikant anders, als in den anderen Bundesländern. Wir geben heute in diesem Bereich von der Öffentlichen Hand weit weniger Geld aus, als das die anderen Bundesländer tun.

Ich glaube hier wird, wenn sich die gesellschaftliche Situation auch im ländlichen Bereich verändert, eine große finanzielle Belastung auf die Öffentliche Hand im Burgenland zukommen.

Ich darf nur daran erinnern, dass wir den höchsten Altersschnitt von allen Bundesländern haben. Dass wir nach Kärnten die meisten PflegegeldbezieherInnen haben. Dass wir im Burgenland ein Land der Dörfer sind, wo keine Ballungszentren sind und wo Infrastruktur natürlich viel schwieriger aufzubauen ist.

Ich darf daran erinnern, dass im Burgenland die Pflege zu Hause von den Angehörigen am meisten stattfindet. Also die meisten Menschen werden im Burgenland zu Hause gepflegt. Das sind 90 Prozent. Ich denke, die Experten und Expertinnen werden wahrscheinlich auch auf diese Besonderheiten noch eingehen.

Ich darf daran erinnern, dass es im Burgenland die geringste Heimunterbringungsquote gibt. Nur sechs Prozent der ab 75-Jährigen werden in Heimen untergebracht. Der Österreichschnitt liegt viel höher: Elf Prozent in Wien und 15 Prozent in

Salzburg. Was eigentlich nicht zu erwarten wäre ist, dass es im Burgenland auch die geringste regelmäßige Inanspruchnahme mobiler Dienste gibt. Nachdem fünf Minuten Redezeit sehr kurz sind, kann man natürlich in diesen fünf Minuten das Thema nicht umreißen.

Ich möchte nur ganz kurz abschließend sagen, aus unserer Sicht ist es ganz wichtig, dass die Menschen, die die alten Menschen betreuen, unterstützt werden, dass der Regress der im Burgenland vorhanden ist, abgeschafft wird und eine Erhöhung des Pflegegeldes notwendig ist.

Das sind so ganz kurz umrissen die Schwerpunkte, die Betreuung der Menschen, die Unterstützung der Menschen, die alte Menschen betreuen, muss ausgebaut werden, mit den Tagesstrukturen und mit den unterstützenden Strukturen, beginnend aber schon im Vorfeld beim barrierefreien Bauen und bei vielen Dingen, die auch ein Altern zu Hause ermöglichen.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Enquete heute einen guten Verlauf und hoffe, dass wir auch mit konkreten Lösungsansätzen aus dieser Enquete hinausgehen können.
(Allgemeiner Beifall)

Präsident Walter Prior: Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Ing. Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Experten, Fachexperten, die vor Ort Dienste leisten, die wir alle, die viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger gerne in Anspruch nehmen.

Die meisten von uns, aufgrund unseres Lebensalters, kennen, beziehungsweise man muss fast sagen, erinnern uns, an Großfamilien. An Großfamilien, die in sich geschlossen, nahezu ein perfektes Sozialsystem gebildet haben.

In der Regel waren dies drei Generationen die oftmals unter einem Dach lebten und jede Generation hatte entsprechend ungeschriebener Gesetze ihre Aufgaben. Die Zauberformel hieß: Generationenvertrag.

Generationenvertrag. Jene Generation die im Erwerb steht, war und ist bereit, für jede Generation ihren Beitrag zu leisten.

Für die Generation in Ausbildung, also für die Kinder, so wie für jene Generation, die aus dem Erwerbsprozess ausgeschieden ist, die notwendigen Dinge zu erledigen, zu besorgen und sie zu finanzieren mit Unterstützung der Öffentlichen Hand für die jeweilige Generation, wie Kindergeld oder Pensionen für die Alten. Dieses Sozialsystem namens Großfamilie war im Stande, nahezu alle sozialen Dinge, von der Erziehung bis zur Pflege, selbst zu organisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass wir heute aber nicht mehr von einer drei Generationen-, sondern zumindest von einer vier Generationen-, wenn nicht von einer fünf Generationengesellschaft sprechen, beziehungsweise uns auf eine solche hin entwickeln.

Bewusste Ernährung, Sport, beste medizinische Betreuung sowie hygienische Bedingungen. Wir haben in all diesen Dingen wahrscheinlich einen weltweiten Höchststand erreicht. Wir haben unsere durchschnittliche Lebenserwartung an rund 80 Jahre herangeführt.

Weniger Kinder, mit all den Folgen in der Alterspyramide. In unseren kleinen Gemeinden im Burgenland mit den Folgen in Kindergärten, in Schulen. In der Regel zwei Erwerbstätige pro Familie und der Wegfall des in sich geschlossenen und früher leistungsfähigen und vor allem leistungsbereiten Sozialsystems Großfamilie, haben unsere Sozial- und Pflegesysteme insgesamt an den Rand der Organisierbarkeit, aber auch der Finanzierbarkeit gestellt.

Ich nenne unabhängig voneinander finanzielle Beispiele.

Im Vorjahr hat der Burgenländische Landtag im Nachtragsvoranschlag zusätzlich für einen Sozialbereich 12 Millionen Euro beschlossen.

Da die Mittel im Sozialbereich, wir wissen das, über weite Strecken im Verhältnis 50:50 zwischen Gemeinden und Land finanziert werden, schlägt dies voll auf die Gemeinden durch.

Bedeutet zum Beispiel - der Bürgermeister ist da - für meine Heimatgemeinde Illmitz eine Erhöhung im Sozialbereich von 60.000 Euro. Von 190 auf 250.000 Euro. Das sind 60.000 Euro einerseits, aber eine Erhöhung um 30 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, innerhalb eines Jahres.

Nächstes Beispiel zur Demonstration, um wie viel Geld es sich im Sozial- und Pensionsbereich handelt. Ein Mann 60 Jahre, Frau 55 Jahre. Damit der Mann monatlich eine Pension von 1.000 Euro bis zu seinem statistischen Lebensende bekommen kann, danach die Frau 60 Prozent Witwenpension bis zu ihrem statistischen Lebensende, ist bei einer angenommenen Verzinsung von vier Prozent notwendiger Barwert mit dem 60. Lebensjahre des Mannes erforderlich von 324.000 Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Mit diesem Barwert den de facto der Staat garantieren muss, ist diese Pension gesichert. 324.000 Euro.

Ich habe mich lange mit einem Versicherungsmathematiker in der Vorbereitung auf diese heutige Enquete unterhalten, der mir auf meine Frage auf die Finanzierbarkeit einer möglichen privaten Pflegeversicherung, womit ich zum Thema komme, wiewohl diese Produkte der einzelnen Institute noch nicht ausgereift sind, gesagt hat: Für eine Finanzierung einer allfälligen Betreuung für Pflegebedürftige, kann derzeit nur sehr schwer eine Prognose gestellt werden, weil die Erfahrungswerte fehlen und gesicherte Daten versicherungsmathematisch noch nicht zu erfassen sind.

Sein Institut geht jedoch davon aus, dass dies aber nicht unter 45 Euro monatlich sein wird, wobei mit der Einzahlung bereits zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr begonnen werden müsste. Man kommt dann aber nur auf einen Barwert von rund 40.000/45.000 Euro mit dem 60. Lebensjahr. Wir sehen, dass wir hier neue Formen brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Beispiele zeigen, dass die Herausforderungen im Bereich der Pflege nur lösbar, organisierbar und finanzierbar sein werden, wenn wir ein ausgeklügeltes, flächendeckendes Netzwerk von koordiniert arbeitenden Versorgungssystemen, wie Angehörigenpflege, mobile Sozial- und Gesundheitsdienste, Hilfsdienste, betreute Wohnformen, teilstationäre Einrichtungen, bis hin zu stationären Einrichtungen für jene, die dies brauchen, aufbauen.

Dies verstehen wir als Österreichische Volkspartei aus unserem christdemokratischen Weltbild heraus. Wir freuen uns auf anregende Fachreferate, auf

eine engagierte Diskussion nachher, auf Impulse für unsere politische Arbeit. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Illedits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut natürlich auch mich und unsere Sozialdemokraten, dass wir heute diese Enquete zum Thema Pflege abhalten können.

Österreich steht zweifelsohne in diesem Bereich vor einer der größten sozialpolitischen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Es ist ungemein wichtig, diese ganze Debatte, losgelöst von politischen Emotionen, sachlich und konstruktiv in einer guten Atmosphäre zu diskutieren.

Diese notwendige Debatte darf nämlich nicht - sei es vor den Wahlen, aber auch jetzt nicht - nur auf Schlagworte verkürzt werden. Pflegenotstand - ja oder nein, Pflege- und Betreuungsnotstand - ja oder nein?

Ein politischer Schlagabtausch hier mit Scheinantworten und leeren Slogans nützt weder den Betroffenen und schon gar nicht den Angehörigen.

Ihnen geht es wie uns Sozialdemokraten um einige wichtige Dinge. Es geht uns um funktionierende Pflege- und Betreuungsangebote, es geht uns um ausreichende Unterstützung der Pflegebedürftigen, aber auch ihrer Familien und es geht uns um eine gesicherte Finanzierung des Gesamtsystems.

Aber Pflege ist sicher ein Prüfstein für gesellschaftliche Solidarität, denn die Qualität einer Gesellschaft darf nicht nur an Produktivitätsraten gemessen werden, sondern auch und wichtigerweise daran, wie sie mit den Schwächsten in ihrer Gesellschaft umgeht.

Für uns Sozialdemokraten ist deshalb Altern in Würde, sind deshalb leistbare Pflege- und Betreuungsangebote ein Grundrecht. Ein Grundrecht, das jedem Menschen ohne soziale Barriere zugestanden sein muss.

Das Burgenland, denke ich, ist im Bereich der Pflege ein Musterland. Wir verfügen über vorbildliche Strukturen bei der stationären aber auch bei der ambulanten Pflege. Mit dem Bedarfs- und Entwicklungsplan gibt es auch hier eine sehr gute, fundierte Grundlage für einen weiteren Ausbau.

Jeder Betroffene, jeder Familienangehörige kann sich eben auf das burgenländische Pflegesystem zu 100 Prozent verlassen.

Deshalb möchte ich mich namens der SPÖ aufrichtig bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Organisationen bedanken, die dieses tolle System tragen. Wir haben sehr hohen, sehr großen Respekt vor Ihrer Arbeit und vor Ihrem Einsatz.

Aber ich möchte mich natürlich auch beim zuständigen Landesrat Dr. Peter Rezar bedanken, der seit Jahren zweifelsohne wirklich Weitblick und sehr tiefes soziales Gespür beweist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Klarsehen müssen wir aber, dass wir österreichweit bei der Betreuung in den eigenen vier Wänden vor einer sehr großen, vor einer gewaltigen Herausforderung stehen. Die Menschen werden älter, das ist gut so. Die traditionellen Familienstrukturen lösen sich aber auf und der Kostendruck verstärkt sich.

In dieser Situation suchen natürlich immer mehr Menschen Abhilfe bei Betreuungskräften aus dem Ausland. Für dieses Problem gibt es keine einfachen Antworten.

Die vor kurzem beschlossene Amnestieregelung kann bestenfalls als Zwischenlösung betrachtet werden.

Notwendig ist die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine „Rund um die Uhr Betreuung“ zu Hause und notwendig ist eben auch die Entwicklung eines eigenen Beschäftigungstyps für die Betreuung daheim. Hier liegt auch zusätzlich gewaltiges Arbeitsmarktpotential.

Die Finanzierungsfrage wird natürlich klarerweise sehr stark unter den Nägeln brennen. Legalisierung bedeutet zum einen höhere Kosten, höhere Kosten könnten aber zum anderen wieder sehr viele Menschen in Richtung grauen Markt drängen.

Ich möchte hier wirklich nicht von einer Quadratur des Kreises sprechen, aber hier ist allemal ein politischer gemeinsamer Kraftakt nötig, um diese Herausforderung zu bewältigen.

Es ist für mich schon auch erfreulich, dass im Koalitionspapier der Bundesregierung vernünftige Lösungswege vorgezeichnet sind. Insgesamt stehen 400 Millionen Euro mehr an finanziellen Mitteln zur Verfügung und auch die Valorisierung des Pflegegeldes ist zweifelsohne ein notwendiger Schritt.

Für mich gehören aber auch andere Aspekte zur Gesamtlösung. Zum Beispiel die Anhebung der Mindestpensionen über die Armutsgrenze, zum Beispiel die bedarfsorientierte Mindestsicherung als innovativer Weg der Armutsbekämpfung.

Klar ist eines, die Politik wird am Ende des Tages ausschließlich daran gemessen werden, welche Lösungen sie entwickelt. Bund, Länder und Gemeinden müssen an einem Strang ziehen und kein Partner darf hierbei überfordert werden.

Ich freue mich, dass heute diese Enquete stattfindet. Ich wünsche ihr ein gutes Ergebnis und ich denke, dass sie uns bei unserer Meinungsbildung doch einen wesentlichen Schritt weiterhelfen wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Es erfolgen nun die Fachreferate unserer Expertinnen und Experten. Ich erteile daher Herrn Dr. Christian Schober das Wort.

Ich möchte nur nochmals anmerken, dass ab jetzt die Redezeit mit zehn Minuten beschränkt ist. Herr Dr. Schober, ich gebe immer 30 Sekunden vorher ein Glockenzeichen, damit Sie Ihren Schlusssatz einleiten können.

Ich bitte um Ihre Ausführungen.

Dr. Christian Schober: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute hier sprechen darf. Zehn Minuten sind denkbar kurz für das komplexe Thema, möchte ich vorwegschicken.

Ich möchte ganz kurz, cursorisch, auf ein paar Punkte eingehen. Ich möchte die grundlegenden Mechanismen des Pflegemarktes ansprechen, Ergebnisse aus Berechnungen und Studien, die ich kenne, vorstellen, und dann auch darauf aufbauend ein paar Empfehlungen abgeben.

Das Burgenland kann einerseits im eigenen Wirkungskreis Dinge bewegen, andererseits auch im gemeinsamen Akt mit anderen Bundesländern und dem Bund zu einer österreichweiten Lösung kommen.

Prinzipiell funktioniert ein Markt so, dass es eine Ausschließbarkeit der Güternutzung geben muss und eine Konkurrenz bei der Nutzung eines Gutes. Das ist beides im Falle der Pflege gegeben. Das heißt, prinzipiell ist eine Marktallokation möglich. Das sehen wir auch in vielen Bereichen.

Allerdings können auch Effekte zum Marktversagen führen. Externe Effekte und insbesondere auch Informationsmangel, mangelnde Konsumentensouveränität und Monopole. Hier sind genau die Gründe, warum der Staat öfter eingreift und warum auch Sie und wir hier in irgendeiner Form diskutieren und diskutiert werden.

Insbesondere wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang der Informationsmangel über Art und Umfang der Qualität der Angebote. Pflegebedürftigkeit kommt oft unerwartet und man weiß nicht genau, welche Art von Pflegebedürftigkeit man irgendwann mal haben wird am Ende des Jahres.

Das heißt, eine Vorweginformation ist oft schwierig möglich. Ein Vergleich unterschiedlicher Angebote ist schwierig. Eine stationäre Einrichtung im Vorfeld zu vergleichen ist schwierig.

Das heißt, die Gründe für den Eingriff der öffentlichen Hand können teilweise im Bereich des Marktversagens liegen und teilweise auch in einer Art Paternalismus für Menschen, die nicht mehr selbstverantwortlich handeln sollen. Inwieweit das gewünscht ist, ist eine politische Diskussion.

Es gibt aber natürlich auch Gründe für die Kommodifizierung der Pflege, über die marktförmige Verteilung der Pflege. Es ist immer stärker der Wunsch der Bürger und Bürgerinnen, Wahlfreiheit zu haben; und zwar Wahlfreiheit in Bezug auf die Anbieter von Pflege, nicht nur mobil und stationär, sondern auch innerhalb des stationären Marktes, innerhalb des mobilen Marktes, wählen zu können, zwischen unterschiedlichen Anbietern, und auch eine Dienstleistungsvielfalt zwischen unterschiedlichen Arten von Dienstleistungen wählen zu können.

Wettbewerb bringt auch meistens effizienteren Ressourceneinsatz und eine gesteigerte Innovationsfähigkeit. Beides spricht für eine Kommodifizierung des Pflegemarktes.

Am Markt treffen nun Angebot und Nachfrage aufeinander und über den Preis werden Angebot und Nachfrage geregelt. Schauen wir uns zunächst die Nachfrageseite an. Wie viel Pflege wird nachgefragt?

Derzeit - laut Pflegegeldstatistik - sind es in Österreich in der Altersgruppe der über 60-Jährigen 18 Prozent der Gesamtbevölkerung, die ein Pflegegeld erhalten. Das kann ein Indikator für Pflegebedürftigkeit sein.

In Wahrheit wird die Pflegebedürftigkeit wohl höher liegen, weil erst ab 50 Stunden Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld zugesprochen wird. Im Burgenland liegt dieser Prozentsatz nicht bei 18 Prozent, sondern bei 24 Prozent.

Eine der Rednerinnen hat das vorher schon erwähnt. Es erhalten mehr Burgenländer und Burgenländerinnen Pflegegeld. Entsprechend dürfte hier die Pflegebedürftigkeit etwas höher sein.

Und dann ist die Frage: Ja, wo werden sie betreut? Formell, stationär, mobil, teilstationär? Im formellen Bereich, Alten- und Pflegeheime, sind österreichweit etwa 18,5 Prozent aller Pflegegeldbezieher und -bezieherinnen über 60 Jahre untergebracht. Im Burgenland sind es hingegen nur 12,5 Prozent in etwa. Ein geringerer Prozentsatz.

Gleiches gilt für den mobilen Bereich, wo in etwa 26 Prozent der PflegegeldbezieherInnen über 60 Jahre versorgt werden, durch mobile, ambulante Dienste. Im Burgenland sind es auch hier in etwa nur 12,5 Prozent.

Teilstationäre Unterbringung gibt es im Burgenland nur ganz vereinzelt und die Fälle fallen nicht ins Gewicht.

Das heißt, etwa 55 Prozent der pflegebedürftigen Personen werden ausschließlich informell betreut, wenn man ganz Österreich betrachtet. Betrachtet man das Burgenland, sind es 75 Prozent; also 20 Prozent mehr Personen, die ausschließlich im informellen Bereich betreut werden.

Daraus kann abgeleitet werden, dass es im Burgenland unter der Annahme, dass der informelle Bereich zurückgehen wird, stärkere Nachfragesteigerung im formellen Bereich geben wird, als in anderen Bundesländern. Es gibt hier eine Art Nachholbedarf.

Welche Trends sehen wir? Demographische Entwicklung wurde angesprochen. In etwa bis 2015 14 Prozent mehr Pflegefälle, bis 2030 etwa 50 Prozent. Das würde in Zahlen für das Burgenland bedeuten: 1.850 Personen mehr im Jahr 2015, rund 6.600 Personen mehr im Jahr 2030.

Das kann man auch beeinflussen. Jetzt spreche ich ein Thema an, das gemeinhin oft nicht so in Kombination mit Pflege gesehen wird, und zwar den Gesundheitszustand. Ein besserer Gesundheitszustand wirkt dämpfend auf die Pflegebedürftigkeit.

Prognosen, die gerechnet worden sind, unter anderem auch von der Frau Streissler, zeigen deutlich, dass ein besserer Gesundheitszustand eine deutliche Reduktion der Kosten und der Nachfrage nach Pflege mit sich bringt.

Die Veränderung der Familienstrukturen. Das ist jetzt die Frage, wo werden zukünftig diese Personen betreut, die jetzt durch die demographische Entwicklung pflegebedürftig werden?

Die Familienstrukturen sind in 15, in 30 Jahren sicher nicht mehr so, wie sie heute sind. Die Welt wird mobiler. Personen bleiben länger im Arbeitsmarkt oder müssen länger im Arbeitsmarkt bleiben, um ihre Pensionen sichern zu können. Das soziale Netz, das auch vorher angesprochen worden ist, wird nicht mehr so dicht sein.

Es führt dazu, dass es eine vermutliche Abnahme des informellen Betreuungspotentiales geben wird und es zu einer vermutlich stärkeren Nachfrage nach formellen Pflegedienstleistungen kommen wird.

Wer leistet nun auf der Angebotsseite Pflege? Es sind die offiziellen Berufsgruppen, diplomiertes Personal, Pflegehelfer und -helferinnen et cetera. Es sind Pflegekräfte mit unklaren Qualifikationen, meist aus südosteuropäischen Staaten. Hier im Burgenland aus Rumänien. Es sind die Angehörigen - schon angesprochen -, hauptsächlich Frauen, Ehepartnerinnen, Töchter, Schwiegertöchter. Und selten, wirklich selten, Bekannte oder Nachbarn.

Was wissen wir über den Bereich? Generell ist bei den offiziellen Berufsgruppen eine verhältnismäßig geringere Arbeitszufriedenheit gegenüber der Gesamtbevölkerung. Die intrinsische Motivation, das heißt, die Motivation aus dem Antrieb heraus, etwas

besser machen zu wollen, und die Arbeit aus der Arbeit selbst willen machen zu wollen, überwiegt bei dieser Berufsgruppe.

Drei Viertel der Betreuungsleistungen werden im informellen Bereich erbracht. Bei pflegenden Angehörigen herrscht Informationsmangel über die Angebote, über die Finanzierung, über Unterstützungen et cetera.

Dann hier auf der Angebotsseite haben wir Organisationen, die Pflege anbieten. Diese werden auch stark beeinflusst von den Regulierungen. Hier haben wir vor allem in Österreich ein bundesländerspezifisches System, das zu großen Ineffizienzen führt.

Die staatlichen Regulierungen, Abrechnungssysteme, unterschiedliche Kontrollsysteme, unterschiedliche, teilweise Monopolsituationen führen dazu, dass auch die über Bundesländergrenzen hinweg anbietenden Organisationen nur ineffizient arbeiten können.

In Summe wird es - sagen wir einmal als Konklusio - umso kostengünstiger für die öffentliche Hand, je mehr durch den informellen Bereich abgedeckt werden kann.

Das führt mich zu den Kosten der Pflege. Die Kosten der Pflege, stationäre Pflege, in Österreich: 1,32 Milliarden Euro. Im Burgenland: 20,2 Millionen Euro.

Und was wird getragen von den pflegebedürftigen Personen? 36 Prozent in Österreich von den Kosten und 66 Prozent im Burgenland. Das heißt, die Leute, die pflegebedürftig sind und deren Familien tragen im Burgenland deutlich mehr zu der Dienstleistung bei als in Österreich.

Gleiches gilt für den ambulanten Bereich mit 30 Prozent zu 55 Prozent im Burgenland. Das heißt, es werden im Burgenland bereits heute hohe Beträge von den pflegebedürftigen Personen und deren Umfeld abgeschöpft.

Man kann auch im informellen Bereich natürlich die Kosten betrachten. Da kenne ich nur Schätzungen für Gesamtösterreich, die liegen im Bereich zwischen zwei und drei Milliarden Euro.

Was wirkt jetzt abschließend kostentreibend? Eine höher Qualität der Betreuung, eine höhere Betreuungsintensität. Da muss dazu gesagt werden, dass gerade im mobilen Bereich zum Beispiel die Betreuungsintensität aufgrund der speziellen Regelungen der Stundensätze im Burgenland und der Kundenbeiträge im Burgenland sehr gering ist - wenig Betreuungsstunden pro Person.

Eine längere Dauer der Pflegebedürftigkeit wirkt kostentreibend und eine höhere Anzahl der Pflegedürftigen.

Was wirkt kostendämpfend? Gemeinsame Mindeststandards, eine Stärkung des informellen Betreuungspotentials, Gesundheitsprävention und bedarfs- und bedürfnisorientierte Angebote.

Das führt mich auch schon zu Empfehlungen. Bedarfs- und bedürfnisorientierte Angebote. Die Sachleistungen, und dafür ist das Burgenland zuständig, sollten so ausgebaut werden, dass sie vor allem auch diesem informellen Betreuungsnetz zu Gute kommen. Dass die Personen, wenn sie zu Hause betreut werden wollen, auch dort betreut werden können.

Das bedeutet auch Kurzzeitpflegeangebote, teilstationäre Angebote, das bedeutet auch vielleicht Angebote in der Nacht, und zwar nicht 24 Stunden, sondern wenn einfach in der Nacht ein Notfall eintritt, dass auch hier jemand vor Ort kommen kann und so weiter.

Weiters Unterstützungsstrukturen generell für pflegende Angehörige auf beziehungsweise ausbauen, konkret Beratungsangebote für pflegende Angehörige, das steht schon im Regierungsprogramm drinnen. Gesundheitspräventionsprogramme für jüngere Menschen, ein bundeseinheitliches System für Qualitätsstandards, Abrechnungs- und Kontrollstandards, Schaffung eines österreichweit einheitlichen Berufsbildes für die Heimhilfe, Förderung der Maßnahmen, um Pflegepersonal länger zu motivieren, im Job zu verbleiben, wieder zurückzukommen oder eine Ausbildung zu beginnen.

Ich habe ein bisschen überzogen. Ich bitte um Verzeihung und danke für die Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Schober, und darf die Gelegenheit benützen, um unseren letzten Experten, der jetzt eingetroffen ist, Herrn o. Univ. Prof. Mag. Dr. Mazal sehr herzlich willkommen zu heißen. *(Allgemeiner Beifall)*

Als nächstes erfolgt das Fachreferat von Frau NAbg. Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein.

Bitte Frau Abgeordnete.

NAbg. Dr. med. univ. Dagmar Belakowitsch-Jenewein: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Gästebank! Die Möglichkeiten der modernen Medizin, verlängernd, lindernd oder auch verkürzend in den Lebensprozess einzugreifen, einerseits und auf der anderen Seite die demographische Entwicklung, haben zur Folge, dass die Gesellschaft immer älter wird. Das verdient eine intensive öffentliche Diskussion.

Ich freue mich ganz besonders, dass so viele heute dieser Diskussion folgen wollen, vor allem im Bereich der Gäste.

Die Lebenserwartung steigt seit dem letzten Weltkrieg kontinuierlich an und -man kann sagen - durchschnittlich alle fünf Jahre kommt ein weiteres Lebensjahr dazu. Gleichzeitig sind in genau diesem Zeitrahmen die Geburtenraten auch massiv gesunken und das führt zu einer Überalterung unserer Gesellschaft.

Das hohe Alter an und für sich ist der Risikofaktor für Pflegebedürftigkeit. Die Pflegebedürftigkeit steigt mit dem zunehmenden Alter exponentiell an, wobei aber für die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, verschiedene Faktoren zusätzliche eine Rolle spielen.

Dafür sind soziale Faktoren, persönliche Lebenssituationen, Bildung, Einkommen und Lebensstil verantwortlich.

Man kann insgesamt sagen, dass Alterung einer Gesellschaft, einer Bevölkerung nicht parallel dazu führt, dass hier die Pflegebedürftigkeit zunimmt. Vor allem vor dem Hintergrund dessen, dass wir uns in einer Situation befinden, in der die Bildung in der Bevölkerung immer höher wird, der Zugang zur modernen Medizin auch immer besser wird.

Aber ich möchte Sie jetzt eigentlich nicht mit großartigen Fakten und Statistiken hier langweilen, denn letztendlich bringt das niemandem etwas und um allerwenigsten den zu pflegenden Menschen und ihren Angehörigen.

Wenn Sie die Diskussion im letzten Nationalratswahlkampf noch im Ohr haben, und ich nehme an, das haben Sie, dann wurde hier viel über das fehlende Personal, über die illegalen Pflegekräfte diskutiert und vor allem über die, die aus unseren östlichen

Nachbarstaaten kommen. Aber leider Gottes, und das bringen halt Wahlkämpfe mit sich, wird hier polemisiert, es wird geschätzt, aber es wird niemals genau recherchiert.

Das heißt, wir wissen eigentlich bis heute nicht wirklich genau, um welche Zahl es hier bei den Illegalen geht. Alle Zahlen, die sich so im Umlauf befinden, von 500 im Burgenland bis 30.000 in ganz Österreich, basieren auf reinen Schätzungen. Wir dürfen dabei ja nicht vergessen, es sind Illegale, die irgendwo in keiner Statistik wirklich aufscheinen.

Nur so viel sei Ihnen gesagt, mit Ende Juli 2006 waren 605 Personen als arbeitslos vorgemerkt, die zuletzt als diplomierter Krankenpfleger oder Krankenschwester tätig waren; es nannten sich zusätzlich 2.915 nicht diplomierte Krankenpfleger. Von diesen 3.520 vorgemerkten im Pflegebereich Tätigen sind es immerhin 78 Prozent gewesen, die wieder in diesem Bereich arbeiten wollten.

Zusätzlich gab es eine Zahl von 4.011 Personen, die also den Berufswunsch Pflege, Krankenpflege vorgemerkt hatten. Das sind die Zahlen des AMS.

Wenn man diese Zahlen hört, drängt sich schon die Frage auf, warum es jetzt angesichts dieses Pflegenotstands hier überhaupt einen einzigen Arbeitslosen in diesem Bereich geben kann oder darf? Da muss man halt schon wirklich sagen: Wir dürfen nicht am Thema vorbeireden.

Die Problematik ist: Das Pflegegeld ist seit dem Jahr 1996 nicht mehr valorisiert worden, nicht mehr angepasst worden, bis es also jetzt in dieser neuen Legislaturperiode um zwei Prozent valorisiert wurde.

Ursprünglich, bei Einführung des Pflegegeldes, war geplant, dass 50 Prozent des Stundenlohnes der häuslichen Pflege mit diesem Pflegegeld abgedeckt werden könnten. In der Zwischenzeit sind wir bei einem Prozentsatz von 33. Sie sehen schon, es ist das Geld, das hier eine wesentliche Rolle spielt.

Am 25. August 2006 gab es aus dem Sozialministerium eine Aussendung, mitten hinein in diese Diskussion. Da sagt eine Leiterin des Arbeitskreises Pflege: „Um die legale Pflege und Betreuung für alle leistbar zu machen, müsste der Staat viermal so viel Geld aufwenden wie bisher.“ Das ist also der eigentliche Punkt, der eigentliche Faktor, und es ist ja kein Geheimnis, wie alles speißt sich auch hier die Problematik am Geld.

Auf der anderen Seite darf man auch nicht übersehen, dass es immer weniger junge Menschen gibt, die auch wirklich bereit sind, einen Pflege- oder Sozialberuf zu ergreifen.

Auch hier haben wir die Gründe: Einerseits eine schlechte Entlohnung, das muss man auch wirklich sagen, daneben das niedrige soziale Ansehen und das Ganze in einem Beruf, der also nicht nur physisch, sondern auch psychisch sehr belastend ist.

Denn der Umgang mit kranken, mit sterbenden Menschen ist in unserer Gesellschaft ein Tabu. Junge Menschen leben lieber in einer Spaßgesellschaft, junge Menschen haben Zutritt zu Werbung, zu Fernsehfilmen, zu Daily Soaps, es wird ihnen eine Klimawelt vorgeschaukelt. Platz für Tod, für Krankheit gibt es da nicht.

Manchmal stelle ich mir schon die Frage, wo wir diese jungen Menschen in 30, 40, 50 Jahren finden werden? Es wird ein böses Erwachen geben; ein böses Erwachen für die Gesellschaft insgesamt.

Die gesellschaftspolitischen Änderungen, die heute schon einmal erwähnt wurden, das Familienbild als überholt zu betrachten, sehe ich nicht ganz richtig. Die Familien

haben sich gewandelt, sie sind nicht überholt, aber es ist die Berufstätigkeit der Frau, die es einfach nicht mehr ermöglicht, viele Menschen einfach zu Hause zu betreuen und zu pflegen.

Es wird also langfristig schon notwendig sein, sich mit dem gesellschaftlichen Wandel auseinanderzusetzen und hier eine Lösungsmöglichkeit für die Pflege zu Hause zu finden.

Mittelfristig wird es auch notwendig sein, mehr Ausbildungsplätze für den Pflegebereich zu schaffen. Das kann aber nur dann auch gelingen, und das wird auch nur dann von den jungen Menschen angenommen werden, wenn wir es schaffen, hier den Standard, hier die gesellschaftliche Anerkennung des Berufes auch zu erhöhen.

Wenn ich davon spreche, dass wir die Ausbildungsplätze erhöhen müssen, wir haben derzeit 2.200 in ganz Österreich, so würde ich meinen, ist das eine Größenordnung von mindestens noch einmal 50 Prozent zusätzlich.

Aber ich glaube, es ist auch der Zeitpunkt gekommen, dass man sich auch über zusätzliche Ausbildungsmodelle einen Gedanken machen muss.

Denn nicht nur diplomiertes Pflegepersonal ist wichtig, es ist auch der so genannte Altenpfleger ein Beruf mit Zukunft. Hier würde ich meinen, könnte man sich schon auch mal Gedanken darüber machen, dass man hier das Ausbildungsmodell in einem neuen System sieht.

Es wurde heute bereits erwähnt, die Lehre des Pflegeberufes. Ich glaube, als Antwort auf so viele Lehrstellensuchende in Österreich wäre das mal ein Schritt in die richtige Richtung.

Daneben muss es aber auch so sein, dass die adäquate Entlohnung für alle diese im Pflegeberuf tätigen Menschen sichergestellt sein muss.

Hohe Gehälter im Pflegebereich - da sind wir wieder beim eigentlichen Problem - sind von den zu pflegenden Personen, von den Pflegebedürftigen wiederum kaum finanzierbar.

Wir haben ein Budget der Krankenkassen und 0,11 Prozent dieses Budgets stehen für die Hauskrankenpflege zur Verfügung. 0,11 Prozent! Auf der anderen Seite zeigen sich in unseren Krankenanstalten Fehlbelegungen von Akutbetten. Wir können sagen, etwa zehn Prozent aller Akutbetten sind belegt mit Pflegefällen. Das kostet den Sozialversicherungen jährlich hunderte Millionen, die also weit besser in der Hauskrankenpflege eingesetzt wären.

Hier könnte man vielleicht auch einmal ein Umdenken bringen. Hier - denke ich - sind die öffentlichen Kommunen, sind die Länder, der Bund und natürlich die Sozialversicherung schon gefordert, zu versuchen, eine Lösung dieses Problems zu bringen.

Daneben gibt es vielleicht auch die Möglichkeit, doch über das System - es hat heute schon einer meiner Vorredner angeführt - die Pflegeversicherung anzudenken. Experten meinen, dass es schon eine sinnvolle Einführung wäre. Denn der Anreiz, in ein Krankenhaus zu gehen, der Anreiz, einen Pflegepatienten, einen Pflegefall in einem Akutbett liegen zu lassen, ist ein sehr hoher. Er ist mit keinen Kosten verbunden.

Ein Pflegepatient im Pflegeheim kostet sehr viel Geld. Das müssen die Patienten selbst mitfinanzieren. Genau hier ist der Ansatz gegeben, hier sollte man sich wirklich

ernsthaft einmal überlegen, ob es nicht doch die Möglichkeit einer Pflegeversicherung gibt.

Ich möchte aber schon gleich dazu sagen, diese darf nicht im Bereich der Lohnkosten hineingehen, die Lohnkosten dürfen damit nicht weiter belastet werden.

Lassen Sie mich noch ganz kurz zu dem Problem der illegalen Pflegekräfte etwas sagen. Illegale Pflegekräfte waren vielleicht eine kurzfristige Lösung, können aber niemals eine langfristige Lösung werden.

Zum einen steigt das Lohnniveau in unseren östlichen Nachbarländern, zum anderen ändert sich auch der Lebensstil. Er wird verwestlicht in den ehemaligen Oststaaten. Damit kommen auch die Zivilisationskrankheiten in genau diese Gebiete und das Pflegepersonal wird in den eigenen Staaten selbst gebraucht.

Zum anderen, warum ich diesem ganzen System sehr, sehr kritisch gegenüberstehe, ist, dass die eigentlichen Gewinner in diesem Bereich der illegalen Pflege die illegalen Vermittlungsagenturen sind, denn diese haben Millionen kassiert beziehungsweise kassieren sie teilweise immer noch und profitieren davon, indem sie diese Gelder steuerfrei sozusagen in Österreich abziehen.

In diesem Sinne würde ich meinen, versuchen wir, die Illegalen, ohne jetzt illegale Pfleger zu kriminalisieren, aber doch das Problem dahingehend zu lösen, sie aus der Illegalität zu holen. Versuchen wir gemeinsam, und das ist meine Bitte, mein Wunsch an die neue Regierung, endlich diesen Pflegenotstand dahingehend zu beheben, dass wir selbst Ausbildungsstellen starten, um eigene Pfleger im Land zu haben. Vielen Dank!
(Allgemeiner Beifall)

Präsident Walter Prior: Frau Abgeordnete, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Ausführungen und darf nunmehr Herrn o. Univ. Prof. Mag. Dr. Mazal das Wort erteilen.

Herr Professor, Sie waren nicht da, ich darf Ihnen nur mitteilen, die Redezeit für die Experten haben wir auf zehn Minuten beschränkt. Ich gebe 30 Sekunden vor Ende der Redezeit ein Glockenzeichen, damit Sie Ihren Schlusssatz formulieren können.

Ich bitte um Ihre Ausführungen.

o. Univ. Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal: Vielen Dank. Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr über die Einladung hierher, denn Pflege ist ein Thema, das uns alle natürlich in massivster Weise betrifft.

Sei es als zu pflegende Personen, die sind nicht hier, aber als Verwandte, als Angehörige, als politische Menschen geht an uns allen das nicht spurlos vorbei. Deswegen finde ich es auch sehr wunderbar, erlauben Sie mir, Ihnen Rosen zu streuen, wenn sich auch Landtage mit diesen Themen massiv beschäftigen.

Denn politisch in der Öffentlichkeit groß wird das diskutiert - immer aus Sicht des Bundes. Ich habe mir daher speziell vorgenommen, hier die Frage zu erörtern, was hat ein Land, ein Landtag hier für Themen, wo ich mir gedacht habe, dass sie Sie interessieren, was ist spezifisch auch auf Landesebene sinnvoll und möglich?

Ganz kurz vorweg: Wir reden immer über Pflege. Es ist mit Sicherheit vom allerersten Vorredner auch schon gesagt worden, eigentlich müssen wir über Betreuung reden. Das ungelöste Thema aus meiner Sicht ist das Betreuungsthema und nicht das Pflege Thema, weil bei Pflege haben wir tatsächlich auch bereits sehr viel an Geld in die Hand genommen; wie beispielsweise im Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege. Wir

haben es allerdings verabsäumt, die medizinische Hauskrankenpflege mit dem Betreuungsthema zu strukturieren.

Wenn heute eine Krankenschwester in einen Haushalt kommt, dann macht sie zu einem relativ kleinen Teil medizinische Hauskrankenpflege und zu einem relativ großen Teil andere Tätigkeiten, wobei die Finanzierung dieser Tätigkeiten von den Krankenversicherungsträgern - aus gutem Grund - abgelehnt werden.

Die medizinische Hauskrankenpflege selbst wurde quasi als ein Thema ärztlicher Hausbesuch durch Nichtärzte positioniert. Es sind hier, wie der Verfassungsgerichtshof auch klargestellt hat, wirklich nur die qualifizierten pflegerischen Tätigkeiten aus dem § 15 GukG in diese Leistung hineingenommen worden. Deswegen ist das Thema Pflege an und für sich gelöst, aber das große Thema der Betreuung ungelöst. Ich glaube, dass es deshalb auch wichtig ist, dass wir darüber einmal reden, denn das hat ganz wichtige Konsequenzen.

Wenn wir nicht nur über die Pflege, sondern auch über die Betreuung reden, dann sehen wir nämlich auch die Regulierungsdefizite, die vielleicht aber auch auf Landesebene bewältigt werden können.

Wenn wir uns jetzt über Betreuung unterhalten, dann möchte ich dazu nur ganz kurz noch einmal festhalten, was bereits gesagt wurde: In der Realität geschieht Betreuung zu 80 Prozent größtenteils durch Familienangehörige, die von Erwerbstätigen unterstützt werden. 20 Prozent der Betreuungsarbeit wird in den Heimen geleistet. Die Familien haben zur Betreuung auch Erwerbstätige herangezogen. Wie wir wissen, ist das allerdings grundsätzlich, so wie ich es sehe, im illegalen Bereich gelandet.

Wir haben also eine Betreuung, die von den Familienangehörigen selbst durchgeführt wird. Hier haben wir aber oft keine Erwerbstätigen, die wie in den Heimen und im familiären Umfeld tätig sind, sondern die haben wir in der Illegalität.

Das ist etwas, wo ich gerade auch als Arbeitsrechtler seit vielen Jahren darauf hinweise, denn das geht nicht, auch nicht mit irgendwelchen Umgehungsstrukturen.

Ich habe dazu immer wieder Aussagen wie: Machen wir das mit Arbeitskräfteüberlassung oder mit Selbständigen und so weiter, gehört. Ich glaube an derartige Lösungen nur in ganz marginalen Bereichen. Ich halte es natürlich für möglich, dass man in Einzelfällen auch Selbständige zur Betreuungsleistung heranzieht. Ich kann mir mit einem Menschen, im Rahmen eines freien Dienstvertrages, ausmachen, dass er an jedem Tag der Woche um 8.00 Uhr in der Früh kommt, um mich zu waschen und anzuziehen und am Abend kommt, um mich zu Bett zu bringen.

Eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung halte ich aber auf der Basis eines freien Dienstvertrages für eine Umgehung, denn das Wesen der Rund-um-die-Uhr-Betreuung besteht doch darin, zur Verfügung zu stehen und quasi auf Pfiff tätig zu werden, wenn die betroffene Person etwas wünscht. Deswegen habe ich auch immer gesagt, dass ich das für nicht rechtmäßig halte.

Es wird natürlich immer wieder versucht, windige Umgehungsstrukturen zu machen. In einem engen Bereich halte ich es für möglich, aber rund um die Uhr nicht. Deswegen stellt sich natürlich die Frage, wer diese Probleme, die wir heute in der Illegalität haben, lösen kann? Das ist, juristisch gesehen, die Kompetenzfrage. Der Bund kann die arbeitsrechtliche Facette regeln.

Die Vorarbeiten dazu sind, wie Sie wissen, bereits fortgeschritten. Wir können hier, im Rahmen des Hausangestelltenrechtes, dazu einen Ansatz finden, wo wir diese

Betreuungstätigkeiten in sinnvoller Weise auch arbeitsrechtlich erfassen können und daran natürlich dann auch, beispielsweise über Mindestlohntarife, die hier möglich sind, Entgeltmechanismen anknüpfen.

Wovor ich aber in gewisser Weise einen Horror habe ist der Umstand, wenn wir hier rein am Hausangestelltenrecht anknüpfen. Ich schaue jetzt natürlich auch Dr. Christoph Klein an, denn wenn wir hier rein am Hausangestelltenrecht anknüpfen, dann haben wir plötzlich mehrere Zigtausend Arbeitgeber, die in dieser Rolle wahrscheinlich überfordert sind.

Deswegen halte ich es für durchaus sinnvoll, hier zwar im Arbeitsrecht zu bleiben, aber das Phänomen der Arbeitskräfteüberlassung sehr wohl zu nutzen. Dies deshalb, um jetzt bei interessierten Trägern und Pflegeinstitutionen, wie etwa bei der Caritas, bei der Volkshilfe und anderen, um alle Ausgewogenheit zu wahren, aber vielleicht auch in einem gewerblichen Bereich, hier zuzulassen, Betreuungskräfte unter Vertrag nehmen und diese dann auf der Basis einer Regelung, so ähnlich wie beim Hausangestelltenrecht, den betroffenen Familien zur Verfügung zu stellen.

Hier haben wir dann auch wiederum die Möglichkeit, die Entgeltschiene mit Kollektivverträgen und so weiter zu lösen. Was noch zu lösen ist, ist das berufsrechtliche Thema, denn berufsrechtlich hat der Bund, außer dem Ärzterecht und dem GuKG, nur wenige Kompetenzen. Aufgrund einer Artikel 15a-Vereinbarung sind natürlich aber auch sehr stark die Länder in ihrer eigenen Regulierungskompetenz, wie etwa beim Altenpfleger und so weiter, gefordert.

In wie weit es aber notwendig ist, hier überall Altenpfleger zur Verfügung zu stellen und auszubilden, bezweifle ich. Wenn wir davon ausgehen, dass in vielfältigster Weise es hier darum geht, Tätigkeiten, die heute im familiären Kontext verrichtet werden, zu substituieren, dann geht es nicht darum, hier noch mehr Qualität und so weiter hinein zu bringen, wenn wir sie uns nicht leisten können. Grundsätzlich geht es nämlich darum, Rechtsgrundlagen zu schaffen, die die Substitution von familiärer Betreuungsarbeit ermöglichen.

Damit sind wir auch schon beim Finanzierungsthema angelangt. Natürlich hat der Bund hier viel Finanzierungskompetenz, aber die Restfinanzierungskompetenz bleibt mit Sicherheit auf der Basis der derzeitigen Verfassung bei Ihnen. Deswegen würde ich auch keinem Land raten, unter dem Blickwinkel und unter dem sehr griffigen Thema Qualität sich die berufsrechtlichen Latten allzu hoch zu legen, denn dadurch bringt man die Leute dann nur in einen Frust hinein. Man bildet sie aus und kann sie dann aber nicht adäquat bezahlen.

Die wichtigste Aufgabe, die ich aber grundsätzlich beim Land sehe, ist die Frage, wie ich jetzt diese Tätigkeiten organisiere. Dabei stehen wir heute in der Österreichischen Debatte auf nationaler Ebene zwei Modellen gegenüber, nämlich, entweder Familie oder Heiminstitution.

Ich glaube, dass das allerdings zu kurz gegriffen ist. Ich sehe gerade hier auch für die Länder eine andere Chance, denn es gibt einen dritten Weg, eine Alternative dazu. Diese Alternative kann man - salopp formuliert - Patchworkpflege oder aber auch integrierte Altenbetreuung nennen. Ich glaube, dort ist ein Ansatz.

Wenn wir uns dieses Modell anschauen, dann fragt das nicht, wer mehr oder minder für die betreffende Person zuständig ist, sondern es trennt hier und fragt, welche Funktionen notwendig sind, um die Betreuung einer Person abzudecken. In einem

zweiten Schritt gibt es dazu die Frage, wer dafür zuständig ist, all diese Funktionen zu koordinieren?

Um welche Funktionen dreht es sich in aller Regel? Es geht um die Frage, wo die betreffende Person wohnen, wo und was sie essen, wer sie und wie sie betreut, aber auch wer die medizinische Leistung zur Verfügung stellen soll? Dazu kommt dann noch die Frage der Koordination.

Geht man davon aus, dass man hier eine Vielzahl von Funktionen zur Verfügung hat, dann entstehen natürlich die Möglichkeiten, verschiedene Institutionen und Menschen auch zeitlich unterschiedlich in ein Gesamtkonzept zu integrieren. Es ist dann aber auch ein Faktum, dass nicht alle in einem Heim oder alle zu Hause betreut werden, weil das oft auch den Interessen der Menschen nicht entgegen kommt.

Die möchten zwar vielleicht Omi und Opi zu Hause betreuen, schaffen es aber dann jahrelang doch nicht. Die brauchen dann vielleicht einmal ein Escape und sei es für drei Monate, sei es für ein halbes Jahr, möchten aber dann die Betreuung wieder zurücknehmen, und ähnliches mehr.

Wenn wir sehen, dass dafür viele Funktionsträger, wie beispielsweise die Familien, die Pflegepensionen, die Krankenstationen oder die Krankenhäuser in Frage kommen. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen wegen Zeitablauf in 30 Sekunden)* Ich hab hier erst neun Minuten stehen, entschuldigen Sie! *(Allgemeine Heiterkeit)* Durch einen auf Landesebene geschaffenen Pflegekoordinator können wir dann sicherstellen, dass am Beginn eines Pflegeprozesses die Menschen auf eine entsprechende Schiene gesetzt werden. Auf Gemeindeebene wird dann beobachtet, wie der Bedarf für die konkrete Person gestillt werden kann.

Ich sehr gerade hier in einem Landtag eine große Verantwortung und auch Chance, finanziell und human das Thema der Betreuung rund um die Uhr zu organisieren. Ich danke Ihnen. Es blinken noch immer die zehn Minuten. Danke vielmals. *(Allgemeine Heiterkeit - Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Herr Universitätsprofessor! Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wenn bei uns die zehn Minuten blinken, dann sind sie bereits vorbei. *(Allgemeine Heiterkeit)* Ich habe gesagt, dass ich das Glockenzeichen immer 30 Sekunden vorher gebe, damit Sie den Schlusssatz einleiten können. *(o. Univ. Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal: Danke!)*

Ich darf nun Herrn Dr. Christoph Klein um seine Ausführungen bitten.

Bitte Herr Doktor.

Dr. Christoph Klein: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geehrtes Präsidium! Mitglied der Landesregierung! Hohes Haus! Frau Nationalratsabgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gleich beim informellen Sektor beginnen, den Dr. Schober immer wieder angesprochen hat, und geradewegs auf diese Rund-um-die-Uhr-Betreuung, diese 24-Stunden-Betreuung, auf die auch Prof. Mazal intensiv eingegangen ist, kommen.

Heute findet sie, wie wir alle wissen, größtenteils in Formen der Illegalität statt. Ein Teil dieser Illegalität, nämlich, der Verstoß gegen das Ausländerbeschäftigungsrecht, ist durch eine Verordnung von Minister Bartenstein im Einvernehmen mit dem nunmehrigen Koalitionspartner bereits beseitigt worden.

Aber, es verbleiben andere bedeutende Restgrößen von illegaler Beschäftigung, nämlich, Verstöße gegen die Lohn- oder gegen die Arbeitszeitvorschriften. Es werden

keine Steuern und keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt. Diese Beschäftigung ist also weiterhin in großem Stile illegal.

Im Sommer des letzten Jahres haben wir eindrucksvoll vor Augen geführt bekommen, dass man diese Illegalität nicht einfach mit den Mitteln des Rechtsstaates, das heißt mit verwaltungsbehördlichem Einschreiten, mit Strafen und so weiter, bekämpfen kann.

Das ist aus humanitären, aber auch aus politischen Gründen unvorstellbar. Es führt in vielen Fällen dazu, dass die pflegebedürftige oder betreuungsbedürftige Person dann schnurstracks in ein - vielleicht auch nicht immer dem Wohnort am nächsten gelegenes - Pflegeheim kommt. Das haben wir bereits erlebt, das ist aber keine Lösung.

Es kann in einem Rechtsstaat aber auch keine Lösung sein, einfach zuzuschauen, wie hier Illegalität in breitem Stil praktiziert wird. Es ist auch langfristig, wie Frau Dr. Belakowitsch-Jenewein ausgeführt hat, kaum vorstellbar, dass das ewig so weiter geht. Man kann natürlich auch überlegen, ob man dann den Arbeitsmarkt für die Betreuungspersonen schön langsam in die Ukraine, nach Weißrussland, nach Kasachstan und irgendwann nach Pakistan, Indien und so weiter verschiebt.

Irgendwann stoßen wir aber an geografische und kulturelle Grenzen. Das ist sicher kein zielführender Weg. Es ist auch deswegen kein zielführender Weg, weil hier ein Arbeitsmarktsegment kaputt gemacht wird, das natürlich für österreichische Beschäftigte, aber auch für Ausländerinnen und Ausländer, die hier in den Arbeitsmarkt integriert sind, wichtig ist.

Dieses Arbeitsmarktsegment ist ein Arbeitsmarkt der Zukunft, denn in einer Dienstleistungsgesellschaft, zu der wir uns natürlich immer stärker hinentwickeln, ist es nicht akzeptabel, einen riesigen illegalen Sektor zuzulassen. Es ist hier gesagt worden, dass es keine klaren Zahlen, sondern nur Schätzungen gibt. Diese beruhen aber zum Teil auf gar nicht so üblen statistischen Ansätzen und gehen weitgehend in die gleiche Richtung.

Sie wissen, wie diese Form der illegalen Betreuung meistens funktioniert. Es ist eine Person, zum Beispiel aus Rumänien oder aus der Slowakei, in einem Haushalt tätig, lebt dort mit der betreuten Person, verrichtet diese Dienste, ist täglich 24 Stunden für ein, zwei, drei, vier oder sechs Wochen anwesend, und wird dann durch eine andere Person abgelöst. Das heißt, dass pro Platz hier meistens zwei Personen tätig sind. Da ist diese Schätzung von 40.000, die immer wieder herumgeistert, gar nicht so schlecht.

Wir haben Schätzungen angeschaut, dass es ungefähr 20.000 solcher betreuten Personen gibt. Mal zwei käme man dann auf - im Turnus abwechselnde - 40.000 Personen. Wie könnte eine Überführung dieser Illegalität in sinnvolle Formen legaler Beschäftigung in ein Gesamtsystem aussehen? Wie könnte das hier eingebettet werden?

Eine systematische Herangehensweise sollte immer mit einer Bedarfsanalyse anfangen. Das steht jetzt auch so im neuen Regierungsübereinkommen, dass mit den Angehörigen, mit dem Pflegebedürftigen, mit einer entlassenden Krankenanstalt gemeinsam geschaut werden muss, was wirklich benötigt wird. Der Arbeitsmarkt gerät zum Teil auch deswegen so unter Druck, weil hier oft überschießend diese illegale 24-Stunden-Pflege in Anspruch genommen wird.

Da wären oft nur ein paar Stunden mobiler Betreuung - gemeinsam vernetzt mit den Angehörigen - erforderlich, aber, stattdessen wird die Rumänin oder die Slowakin, geholt.

Warum? Weil es grenzenlos billig ist und natürlich eine insofern völlig absurde Konkurrenzierung der bewährten Betreuungsorganisationen darstellt. Das darf schon einmal sicherlich nicht sein. Man muss also genau hinschauen, was oft tatsächlich benötigt wird. Oft sind es dann nur einige wenige Stunden mobiler Dienste, die medizinische Hauskrankenpflege, die Heimhilfe, das Essen auf Rädern, etc. was da erforderlich ist. Natürlich ist es hier auch erforderlich, Qualität und eine vernünftige Preisgestaltung zu bieten.

Wir haben heute, quer durch das Bundesgebiet, unterschiedlichste Stundensätze, was für die Angehörigen natürlich ein Ärgernis ist. Natürlich ist es dann kein Wunder, dass die sagen: Dann hole ich mir gleich, wenn ich das Zimmer im Haushalt habe, und wenn das so spottbillig ist, die rumänische Hausfrau und ihre Schwägerin, die sich dann turnusmäßig bei mir abwechseln.

Eine zweite Form, die sicherlich erforderlich und die auch schon, zum Beispiel, von Prof. Mazal angesprochen worden ist, ist eine Zwischenform zwischen mobiler Pflege und dieser Rund-um-die-Uhr-Anwesenheit und Betreuung.

Das sind die so genannten Tageszentren, wo die pflegebedürftigen Personen ganz nah am Wohnsitz sind und wo dann die pflegenden Angehörigen am Abend die Betreuung übernehmen können. Die pflegenden Angehörigen sind in diesen Zwischenformen natürlich auch insofern zu entlasten, als ihnen ein Urlaub und sonstige Zeiten der Erholung, des Theaterbesuches, des Discobesuches oder was immer gewünscht, zu ermöglichen ist.

Dadurch können sich dann Familien viel leichter bereit erklären, um sozusagen Arbeitswelt, Freizeit und auch die Betreuung des geliebten Angehörigen miteinander auf sinnvolle Weise zu verbinden.

Es gibt aber natürlich tatsächlich diese Fälle, wo man diese 24 Stunden Anwesenheit, diese Rund-um-die-Uhr-Betreuung, braucht. Dies kann dann oft aber auch der Knackpunkt sein, um die Einweisung in ein Pflegeheim zu verhindern, um zu ermöglichen, dass man in den geliebten eigenen vier Wänden betreut wird.

Das wird aber eher ein relativ kleiner Anteil der Fälle sein, wo das tatsächlich unbedingt erforderlich ist. Ganz wesentlich ist es aber auch, zu sagen, Prof. Mazal hat das bereits angesprochen, dass es hier sehr oft einfach um Betreuung und Anwesenheit und nicht um hochwertige Pflege geht. Gerade wenn man die bewährten Organisationen, ob das jetzt die Caritas, die Volkshilfe oder das Hilfswerk und so weiter ist, nicht unter totalen Druck setzen will, und ich habe gehört, dass im Burgenland dabei, aufgrund des starken Angebotsdrucks illegaler Pflege, zum Teil auch schon Arbeitsplätze verloren gegangen sind, dann kann das ein sinnvolles Nebeneinander sein.

Dabei kommt dann die diplomierte Hauskrankenschwester in den Haushalt macht in ein, zwei Stunden jenes, das an Wundpflege, Kathederpflege und so fort, Medikamentenverabreichung notwendig ist und dann gibt es die Rund-um-die-Uhr-Anwesenheit einer unter Umständen nicht geschulten Person, die aber es aber etwa ermöglicht, dass ein an Demenz erkrankter Mensch, der einfach - damit nichts passiert - Tag und Nacht jemanden braucht, zu Hause bleiben kann und nicht ins Pflegeheim gehen muss.

Wie ist es möglich diese Rechtsgrundlagen abzubilden? In welche Richtung diese Rechtsgrundlagen aussehen können hat Prof. Mazal sehr gut dargestellt. Da heißt es dann schnell einmal, dass das unmöglich ist, denn man kann doch nicht 24-stündige Arbeitszeiten vorsehen.

Das ist außerdem viel zu teuer und so fort. Ein ganz kurzer Blick auf die Grundlagen, die wir jetzt schon haben: Wir haben, zum Beispiel, einen Mindestlohntarif für die Betreuung von älteren Personen in Anknüpfung an das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz.

Der liegt, je nach Bundesland verschieden, so zwischen 900 und 1.000 Euro pro 55-Stundenwoche im Monat. Dann gibt es noch 300 bis 400 Euro Zuschlag für die nächtliche Anwesenheit. Die ist zwar eigentlich derzeit legal nicht möglich, dass das dann rund um die Uhr, also eine 168 Stundenwoche, geschieht.

Augenzwinkernd ist das dann aber schon so gemeint, wenn da ein Mindestlohntarif von 950 plus 400 Euro steht. Man kommt also auf ungefähr 1.400 Euro die in Wirklichkeit derzeit schon legal oder fast legal vorgesehen sind.

Das ist natürlich viel mehr, als jetzt in illegaler Form gezahlt wird. Man muss auch darauf schauen, was die Gewerkschaften dann sozusagen wirklich an einem Satz hier einfach in einem Mindestlohntarif, in einem Kollektivvertrag für solche Dienste fordern und verhandeln. Es sind aber sicherlich nicht jene Horrorzahlen, die hier genannt wurden.

Denn, ich erinnere noch einmal daran, hier geht es nicht um ein Rund-um-die-Uhr-Arbeiten, hier geht es im hohen Ausmaß um Anwesenheit. Das kann natürlich anders bezahlt werden, als wenn etwa die OP-Schwester Tag und Nacht tätig wird. Die Arbeitszeit von 24 Stunden liegt oft im beiderseitigen Interesse. Die rumänische Hausfrau hat an einem acht- oder neunstündigen Tag oft wenig Interesse. Was macht sie dann mit ihrer Freizeit?

Für die ist dieses Arbeitszeitmodell auch deshalb interessant, wo sie im Haushalt lebt und dann 14 Tage durchgehend frei hat, um in ihrer Heimat, bei ihrer Familie zu sein.

Hier ist eine realistische Annäherung an ein leistbares Modell durchaus möglich.

Natürlich wird es teurer, aber es gibt hier ein Sparpotential. Erstens durch den punktgenauen Einsatz mobiler Pflege und dass diese 24-Stundenpflege sinnvoll eingebettet wird und zweitens durch die Ersparnis von Heimplätzen, denn wer in dieser Form zu Hause betreut wird, der braucht nicht ins Heim. Wenn das nicht überschießend wird, dann kann das auch leistbar sein.

Leistbar durch ein sinnvolles Nebeneinander, wie das auch heute in Wirklichkeit schon bei der Bezahlung von Heimplätzen, Pflegegeld und Pension ist. Dort, wo das nicht leistbar ist, gibt es letzten Endes für die Familie, für den Betroffenen, Einsatz in Form von öffentlichen Mittel.

Die SPÖ wollte dafür in den Regierungsverhandlungen 200 Millionen Euro in einem Art Fonds zur Finanzierung bereitstellen. Damit konnte sie sich aber nicht durchsetzen. Was jetzt nach wie vor im Regierungsübereinkommen kryptisch formuliert ist, betrifft die solidarische Mittelaufbringung.

Das klingt nach Pflegeversicherung, denn eine reine Belastung bei den Lohnnebenkosten wäre sich nicht sinnvoll. Sind wir gespannt, wie hier eine Lösung aussehen kann.

Aber möglich ist sie sicherlich. Danke meine Damen und Herren. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Klein, für Ihre Ausführungen und darf zum Abschluss dieser Runde Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar, in seiner Eigenschaft als zuständiges Regierungsmitglied, um seine Ausführungen bitten.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Expertin! Geschätzte Experten!

Ich glaube es wurde in den bisherigen Statements eindeutig dargelegt, dass wir mit dem Bereich der Pflege und der Gesundheit vor den wahrscheinlich gewaltigsten Herausforderungen unserer Zeit stehen.

Ich bin sehr dankbar, dass in den einzelnen Statements auch die Kernproblematik sehr deutlich angesprochen worden ist. Gerade aus der Sicht des Burgenlandes ist der Bereich der älteren Generation, der Bereich der Pflege unter einem besonderen Betrachtungswinkel zu sehen, zumal wir, und auch das wurde bereits ausgeführt, im Vergleich mit allen anderen Bundesländern den größten Anteil an älterer Generation aufweist. Knapp 25 Prozent der Gesamtbevölkerung ist im Burgenland älter als 60 Jahre. Wenn man in die Zukunft blickt signalisieren uns alle Prognosen ein deutliches und nachhaltiges Ansteigen.

Wir werden in 15 oder 20 Jahren einen Anteil der älteren Generation von etwa 38 Prozentpunkten aufweisen. Auch der Anteil der hoch betagten Mitbürgerinnen und Mitbürger steigt im Burgenland in den nächsten Jahren stark an.

Wir können davon ausgehen, dass schon in drei Jahren, im Jahr 2010, und das ist nicht mehr sehr lange, etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung des Burgenland über 75 Jahre alt sein werden.

Im Österreichdurchschnitt wird sich das bei 7,9 Prozentpunkten einpendeln. Sie sehen also, dass wir hier deutlich abweichende demographische Grundlagen zu allen anderen Bundesländern haben. Zu dem hat sich auch im Bereich der Lebenswartung im Burgenland, in den letzten Jahren entscheidendes verändert.

Wir haben, dank einer sehr modernen Medizin, die Lebenserwartung im Burgenland in den letzten Jahren überdurchschnittlich steigern können und haben hier eine Zuwachsrate von fast fünf Lebensjahren erzielen können.

Diese Gesamtentwicklung geht Hand in Hand mit laufenden Veränderungen der gesamten Rahmenbedingungen, wie etwa der Auflösung der Familienverbände.

Dies wird zur Folge haben, dass der Anteil, der Einpersonenhaushalt in den nächsten 15 Jahren um etwa 45 Prozentpunkte steigen wird und das fordert unsere gesamten Kräfte.

Daher haben wir im Burgenland ein sehr ehrgeiziges Programm ins Leben gerufen.

Vor neun Jahren haben wir mit dem Bedarfs- und Entwicklungsplan zur Pflegevorsorge im Burgenland in den einzelnen Bereichen, etwa in der stationären Pflege, einen sehr dynamischen Prozess begleitet.

Wir halten derzeit in 38 stationären Einrichtungen bei 1.874 Pflegebetten und werden dieses Angebot im heurigen Jahr auf 1.934 steigern.

Wir haben uns auch zu einer Variante entschieden, dass wir uns, aufgrund unserer geografischen Gegebenheiten und unserer dörflichen Struktur, in Form von kleinen Versorgungseinheiten, wenn sie es so wollen, auf eine möglichst wohnortnahe Versorgungsstruktur verständigt haben.

Wir haben derzeit noch nicht ganz die Ziele dieses Bedarfs- und Entwicklungsplanes zur Pflegevorsorge erreicht, weil wir laufend freie Kapazitäten haben,

aber, wir können heute sagen, dass jede Burgenländerin, jeder Burgenländer, der einen Pflegebedarf aufweist, ein entsprechendes stationäres Bett zur Verfügung hat. Das ist doch eine gewaltige Leistung, die dem Land und den Gemeinden in Form der Sozialhilfe jährlich etwa 25 Millionen Euro kostet.

Diese finanzieren wir dann, wenn Einkommen und Vermögen nicht ausreichen, um die jeweiligen Tagsätze zu bedienen. Wir haben im Burgenland derzeit etwa knapp 39 Prozent sogenannter Selbstzahler in unseren stationären Einheiten, wobei wir hier durchaus sehr gravierende regionale Unterschiede feststellen müssen.

Im Bezirk Neusiedl am See beispielsweise beträgt der Prozentsatz der Selbstzahler 60 während im Mittleren Burgenland dieser Prozentsatz bei etwa 24 Prozentpunkten zu liegen kommt.

Wir unterstützen diese Form der stationären Betreuung auch sehr großzügig durch die Wohnbauförderung. Selbstverständlich haben wir erkannt, dass wir auch die teilstationären Angebote deutlich ausweiten müssen.

Wir haben diese derzeit nur sehr vereinzelt und sind erst im Jahr 2007 dazu übergegangen, diese auch in Form von Sozialstaffelungen finanziell zu unterstützen. Das heißt, wir werden dieses Jahr 2007 nicht nur dazu benützen, um hier Unterstützungen anzubieten, sondern auch um zu evaluieren und zu sehen, ob diese Maßnahme greift, um eine vorzeitige stationäre Unterbringungen hintanzuhalten, aber auch um auszuloten, ob die finanziellen Unterstützungen auch anreizend genug sind, um diese Angebote anzunehmen.

Wir haben in unserem Bedarfs- und Entwicklungsplan in etwa errechnet, dass wir pro 1.000 Einwohner etwa zwei- bis drei derartige Tagesbetreuungsplätze für über 65-jährige brauchen.

Im Bereich der ambulanten Pflege erfolgt die Betreuung in der Form, dass durch diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger, durch Pflegehelfer und durch Heimhilfen ein mobiler Dienst entwickelt worden ist.

Derzeit wird dieses Angebot im Monatsdurchschnitt von etwa 1.660 Burgenländerinnen und Burgenländer angenommen. Wenn wir heute wissen, dass in unseren stationären Einrichtungen etwa 60 Prozent unserer pflegebedürftigen Mitmenschen die Pflegestufen 4 bis 7 aufweisen und dass darüber hinaus von allen 15.500 burgenländischen Pflegegeldbezieher etwa 28,5 Prozent in diesen Pflegestufen befindlich sind, dann resultiert daraus natürlich die Frage: Wie viele Burgenländerinnen und Burgenländer, die Pflegegeldbezieher sind, werden im Rahmen der so genannten informellen Pflege betreut? Wenn sie so wollen geht es hier um die Betroffenen im Angehörigenbereich, im privaten Umfeld oder in dem heute sehr oft zitierten Graubereich.

Ich denke, dass wir hier die allergrößten Probleme haben, weil, wie bereits dargelegt, der stationäre Bereich bestens funktioniert und die mobile Hauskrankenpflege zwar gut ausgestattet ist, aber nicht in dem Maße nachgefragt wird, wie das durch die allgemeinen statistischen Daten erwartbar wäre. Daher liegt der Schluss nahe, dass es hier diesen Graubereich gibt, von dem wir nur schätzungsweise die Dunkelziffern kennen.

Wenn es nun, wie sie angedeutet haben, Herr Doktor, etwa 40.000 derartige Fälle in Österreich gibt und man davon ausgeht, dass hier zwei Personen betreuen, dann könnte man hier, umgerechnet auf das Burgenland, aufgrund der Bevölkerungszahl, Mutmaßungen anstellen, die ich gar nicht anstellen will.

Ich glaube aber, dass wir erkennen müssen, dass die große Herausforderung, der finanzielle Bereich ist. Immer dann, wenn wir von Legalisierung sprechen, müssen wir davon ausgehen, dass es im finanziellen Bereich für die Nachfrager allemal teurer wird und das ist das Kernproblem.

das ist das Kernproblem. Ich denke daher, dass von den vielen Maßnahmen die heute empfohlen worden sind, wir davon ausgehen müssen, egal wie die Lösung aussieht, egal welches Modell es künftig hin in diesem Bereich gibt, der Mensch muss nach wie vor im Mittelpunkt stehen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Ich bedanke mich, Herr Landesrat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass wir jetzt aufgrund dieser Fachreferate eine gute Grundlage haben, um dann nach der Pause in die Diskussion einzusteigen.

Ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen, wer sich in der anschließenden Diskussion zu Wort melden möchte, soll sich bitte in der Pause mittels Anmeldezettel, entweder bei meinen Mitarbeitern auf der Galerie, oder hier beim Präsidium anmelden.

Auch die Damen und Herren Abgeordneten werden ersucht, sich beim Präsidium zu Wort zu melden.

Ich unterbreche nunmehr die Enquete für zirka eine halbe Stunde und möchte alle anwesenden Damen und Herren vor dem Landtagssitzungssaal zu einem kleinen Imbiss einladen.

Die Fortsetzung wird dann durch ein Glockenzeichen wieder bekannt gegeben.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Die Enquete wird um 11 Uhr 31 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Enquete wieder auf.

Wir gelangen nun zur Diskussion. Es liegen einige Wortmeldungen vor. Meine Damen und Herren, ich darf nur darauf aufmerksam machen, der Herr Dr. Klein muss uns um 13.00 Uhr verlassen. Der Herr Professor Mazal um 13.30 Uhr. Sollte es bei den Wortmeldungen Fragen an diese beiden Herren geben, dann würde ich bitten, dass diese vorgezogen werden. Ich weiß natürlich aufgrund der Wortmeldungen nicht, wer speziell an den Herrn Dr. Klein oder an den Herrn Professor Mazal eine Frage hätte.

Ich würde um ein Handzeichen bitten, wenn das der Fall sein sollte, dass es speziell an die beiden Herren Fragen gibt.

Bitte Herr Kollege Tschürtz.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Das heißt, jetzt nur die Fragestellung an die beiden Herren...

Präsident Walter Prior: Ja, ich würde aber trotzdem bitten sich bei den Wortmeldungen sehr kurz zu fassen, damit die Fragen, die noch entstehen werden, auch beantwortet werden können.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ) (fortsetzend): Ich möchte noch einmal auf meinen eingangs geäußerten Vorschlag, der Schaffung einer Pflegelehre zurückkommen,

und möchte die Herren Dr. Mazal und Dr. Klein fragen, wie Sie einen Lehrberuf Pfleger oder Betreuer aus arbeits- und sozialrechtlicher Sicht bewerten.

Präsident Walter Prior: Danke. Gibt es noch weitere Fragen?

Bitte meine Herren. Dürfte ich um Ihre Antwort bitten.

Entschuldigung, Frau Kollegin Schlaffer, Sie können Ihre Frage gleich vom Platz aus stellen. Bitte.

Abgeordnete Anna Schlaffer (SPÖ): Ich hätte gerne den Herrn Dr. Klein gefragt. Heute haben wir sozusagen sehr viel gehört über 24-Stunden-Dienste und wenn wir uns die Arbeitsmarktsituation in Österreich anschauen und von Legalisierung sprechen, wie wäre seiner Einschätzung nach, die Bereitschaft von österreichischen Arbeitskräften, diese 24-Stunden-Dienste tatsächlich zu verrichten? Meine zweite Frage ging in die Richtung - fasst schon als hypothetische Frage: Vorausgesetzt oder angenommen, es gelingt uns tatsächlich entsprechende Betreuungsdienste anzubieten, ab wann wäre aus Sicht der Arbeiterkammer ein Schwarzmarkt tolerierbar?

Präsident Walter Prior: Danke Frau Kollegin. Gibt es noch eine weitere Frage zu diesem Themenkomplex? - Das ist nicht der Fall. Dann würde ich bitten, Herr Professor, dass Sie vielleicht beginnen.

o. Univ.Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal: Bin schon sehr gespannt, ob es einen Offenbarungseid gibt. Meine Damen und Herren! Altenpflege als Lehrberuf kann man natürlich regeln. Das Berufsausbildungsgesetz ist technisch offen für diesen Lehrberuf. Persönlich möchte ich allerdings zwei Punkte zu bedenken geben. Der eine Punkt ist: Sind die jungen Menschen wirklich die Ansprechpartner für dieses Aufgabenfeld? Wir wissen aus den Debatten um die Pensionierung, dass die Menschen uns glaubwürdig, wirklich und überzeugend versichern: „30 Jahre pflegen und ich bin kaputt. Ich kann nicht, ich brauche die Schwerarbeiterregelung und was auch immer“.

Ich glaube, dass auch psychisch der junge Mensch nur bedingt der Ansprechpartner für diese Tätigkeit ist. Mir schwebt etwas anderes vor. Persönlich schwebt mir vor, dass wir alle, so wie wir hier sitzen - ich sage das bewusst - alle die wir hier sitzen, früher oder später uns diesem Thema widmen sollten. Wir alle sollen das, was unsere Vorgenerationen noch konnten, wieder entdecken, nämlich Betreuungsarbeiten im Familienkreis zu leisten. Deswegen schwebt mir so vor, dass jeder um die 40 einmal vom AMS finanziert die Möglichkeit bekommt, - wie immer man das dann macht - 14 Tage, drei Wochen, vielleicht zweimal hintereinander in einem Jahr oder in zwei Jahren Gelegenheit bekommt, einen systematischen Betreuungskurs zu besuchen und dort entsprechend einmal mit dem Thema konfrontiert wird, dass ihn dann früher oder später, ja sage ich hoffentlich, auch einholt.

Im eigenen Familienkreis, im weiteren Familienkreis im Dorf. Ich sehe darin durchaus auch die Möglichkeit einer beruflichen Neuorientierung für Menschen um die Lebensmitte, dass sie sich denken, immer den Aktienkursen nachjagen, muss nicht alles sein. Vielleicht gibt es noch etwas anderes. Vielleicht komme ich dann Mitte 50 darauf, ich fahre irgendwo meinen bestehenden Beruf zurück und fahre eine andere Seite meiner Existenz weiter hinauf. Also persönlich würde ich das eher in eine andere Altersschicht ansetzen und flächig für Österreich verordnen, wenn man es so will, dringend empfehlen oder nahe legen. Der Lehrberuf selber ist technisch möglich, um die Frage noch einmal zu sagen, aber ich glaube sozialpolitisch wird das nicht das Modell sein, auf das man das Thema á la longue aufsetzen sollte. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Herr Dr. Klein bitte.

Dr. Christoph Klein: Ja, ich sehe das ganz ähnlich wie Professor Mazal. Herr Abgeordneter! Die Pflegelehre halte ich eher für einen Irrweg und zwar aus folgenden Gründen. Wir haben im Bereich der Gesundheitsberufe und auch der Sozialberufe Altenfachbetreuerin und so weiter, wie die alle heißen. Diese Ausbildung ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Wir haben zurzeit in Österreich den Weg gewählt einer schulischen Ausbildung auch Krankenpflegefachschulen verwogen mit einer engen praktischen Tätigkeitsausübung.

Das ist, wie ich schon angedeutet habe, auch ein Arbeitsmarkt der Zukunft. Von den Berufsorganisationen, sowohl von den Pflegeverbänden als auch von den Gewerkschaften kommt eher das Bedürfnis hin nach einer zusätzlichen Aufwertung im Sinne einer Öffnung, Möglichkeit zu Maturastudium, Pflegewissenschaften und so weiter anstatt sozusagen das ist Facharbeit, da gibt es dann sozusagen die Pflegegesellin den Pflegegesellen und da gibt es die Meisterprüfung und so weiter. Das ist sozusagen im derzeitigen Trend eher nicht verortet. Sondern ich glaube, man sollte das tun was im Regierungsübereinkommen steht, nämlich den Wirrwarr an Regelungen, in jedem einzelnen Bundesland, dieser Alten- und Sozialbetreuungsberufe vereinheitlichen, dass auf hochdurchlässige attraktive schulische Ausbildung in gemeinsam mit Praxis zu stellen, um dort sozusagen die Ausbildung und die Arbeitsplätze anzubieten. In der Lehre sind dem gegenüber keine klaren Vorteile. Man müsste dann sozusagen (*Abg. Johann Tschürtz: Zivildienstler entscheiden sich ja auch diese Berufsschicht sozusagen zu machen!*)

Ja, ja, es ist auch in Ordnung, es sind tolle Berufe, die sollen attraktiv sein, da soll die Qualität stimmen, da soll die Ausbildung stimmen, aber man müsste sozusagen jetzt einen neuen Lehrberuf erfinden. Den müsste der neue Lehrausbildungsberechtigte in das Prüfungssystem einbeziehen, denen ihre Berufsberechtigung im Sinne von Lehrlingen auszubilden geben. Wozu sozusagen hier in einen neuen Ausbildungssektor investieren, anstatt die sehr breit vorhandenen Ausbildungen zu vereinheitlichen, zu verbessern. Ganz vielleicht in dem Sinne, der Ihnen auch vorschwebt, Herr Abgeordneter.

Aber warum sozusagen hier die Schiene wechseln? Ich sehe keinen echten Vorteil darin.

Zweitens, möchte ich zu bedenken geben, dass die Lehre praktisch immer ein Angebot an die Jugendlichen ist, die die neunte Schulstufe, typischerweise das Polytechnikum verlassen. Einen 15-Jährigen sofort in die Altenbetreuung hineinzugeben, mit all dem, was das auch an harten Aspekten heißt. Siehe, schwerkranke, demente und so weiter Menschen zu betreuen, ist vielleicht nicht der ideale Einstieg in dieser Altersstufe.

Da ist es gescheiter, einmal in die schulischen Teile hineinzugehen und das Praktische schön langsam auf die jungen Menschen zukommen zu lassen, damit sie nicht sofort wieder abgeschreckt hinauskatapultiert werden.

Also Ihre Absicht in Ehren, aber ich glaube es gibt Wege, Ihre Zielrichtungen besser zu verwirklichen.

Zur Bereitschaft österreichischer Arbeitskräfte, Frau Landtagsabgeordnete, sich in so einem 24-StundenPflegeturnus oder Betreuungsturnus hineinzugeben. Ich habe immer wieder betont, wie Prof. Mazal, da geht es eher um das anwesend sein, damit halt nichts passiert und das Ergänzen guter bewährter mobiler Angebote. Ich glaube, diese Bereitschaft wird natürlich viel geringer sein, von einer Mattersburgerin, die in Mattersburg lebt und jeden Tag ihre Familie sehen kann und will und betreuen kann und will, da jetzt

plötzlich rund um die Uhr bei einer pflegebedürftigen oder betreuungsbedürftigen Person zu wohnen.

Also, wie schon angedeutet, bei einer Rumänin, die 1.500 km weiter wohnt und die sagt, was soll ich tun am Abend, ich habe meine Freunde, meine Familie weit weg von hier, es spricht nichts dagegen, dass ich rund um die Uhr eingesetzt bin. Das sind völlig unterschiedliche Interessenslagen und darum glaube ich, dass die Bereitschaft im Großen und Ganzen nicht sehr groß sein wird. Darum halte ich es auch für äußerst wichtig, wenn man ein legalisiertes Modell macht, das halt nur für diesen spezifischen legalisierten Arbeitsmarktsektor gilt. Aber dass man zum Beispiel inländische Arbeitslose zwingt, so einen Job anzunehmen, also eine zwingende Vermittlung mit sonstiger Sperre des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe, darf es, meines Erachtens, bei so etwas nicht geben.

Wenn jemand freiwillig sagt, das gefällt mir, so etwas möchte ich machen, natürlich, freiwillig soll immer alles möglich sein, was nicht gerade verboten ist. Dann kann man sich auch anschauen, wie sich möglicherweise so ein Arbeitsmarkt sukzessive wandelt.

Wenn das eintritt, was Frau Abgeordnete Belakowitsch-Jenewein gesagt hat, nämlich, dass diese Länder sukzessive ihre Betreuungskräfte zurückziehen werden, weil sie sie selber brauchen, weil sich die Einkommensverhältnisse dort ändern, dann muss man anders schauen, wie man in Österreich die 24-Stunden-Pflege organisiert. Dann kann es zum Beispiel wie in einem ganz normalen Krankenhaus ein zweimal 12-Stunden-Turnus sein, der dann durchaus für Inländerinnen attraktiv sein kann, wenn dann vielleicht auch die Löhne in dem Sektor irgendwann einmal steigen könnten.

Zur Tolerierbarkeit eines Schwarzmarktes, das ist natürlich eine irrsinnig heikle Frage.

Wir alle sind uns bewusst, wenn man legalisiert, ich habe versucht zu zeigen, es muss nicht rasend teuer werden, das müssen nicht die kolportierten 4.000 Euro sein, die dann so eine 24-Stunden-Pflege kostet, das kann irgendwo bei 2.000 bis 2.500 Euro sein.

Aber natürlich ist das teurer, als die jetzigen Schwarzmarktangebote. Das kann billiger werden, indem man vieles zurückführt auf ein paar Stunden mobile Dienste, auf Tageszentren und so weiter. Aber in Summe wird es wahrscheinlich teurer werden. Da muss es dann das Bekenntnis der Politik geben, wenn man sich das leisten will und solche Angebote stellt, dass dann natürlich sehr wohl auf den Schwarzmarkt zugegriffen wird und dass dann Kontrollen ernsthaft und mit allen Sanktionen durchgeführt werden. Denn das geht nicht, dass man den Pflegebedürftigen und ihren Familien gute leistbare Angebote mit öffentlicher Subventionierung macht und die dann trotzdem sagen: „Na ja, es ist noch immer teurer, wir nehmen lieber das Pflegegeld vom Opa und die Pension und erben das und holen uns weiter die Rumänin oder die Slowakin in das Haus“.

Das kann es nicht sein. Da müssten alle politischen Kräfte den gemeinsamen Mut haben zu sagen, jetzt haben wir Angebote, jetzt muss der Schwarzmarkt aufhören und wo nicht, gibt es die entsprechenden vom Gesetz vorgesehenen Sanktionen.

Wenn man sagt, man legt diese Angebote nicht, dann wird man der Bevölkerung nicht allzu böse sein dürfen, wenn es gewisse Formen der Schwarzarbeit weiterhin gibt. Ich habe es auch schon gesagt, dann ist es politisch auch sehr, sehr schwierig, entsprechend darauf zuzugreifen.

Aber ich warne davor, das ist eine Korrumpierung des Arbeitsmarktes, das ist eine Korrumpierung des gesamten Rechtsstaates, da tun wir uns á la longue nichts Gutes. Das darf nur ein Übergangsphänomen sein, bis geordnete Strukturen stehen.

Einen „kleinen Teilbereich eines Schwarzmarktes“, würde ich eher grauen Markt nennen. Man kann sich überlegen, ob man ihn toleriert, die berühmte Nachbarschaftshilfe.

Wir kennen dies sicherlich gerade auch im Burgenland beim Häuserbau. Warum nicht auch zum Teil in der Altenpflege, wo der benachbarte Pensionistenhaushalt, der noch rüstiger ist, eben den lieben Nachbarn wirklich hilft oder vielleicht auch anderen Leuten, die im Dorf wohnen, in der Gemeinde wohnen, wo es gewisse Anerkenniszahlungen gibt. Wenn das einen normalen, legalen Arbeitsmarkt nicht konkurrenziert. Das muss immer die Vorausbedingung sein. Dann kann man sich überlegen, inwieweit man solche Betreuungsverhältnisse zulässt und legalisiert. Es ist ein heikles Feld, weil es eben diese Grenzlinie der Konkurrenz zu mobilen Diensten der bewährten Träger gibt, die dürfen von so etwas natürlich nicht kaputt gemacht und unterlaufen werden. Aber es gibt möglicherweise Dinge, die die mobilen Dienste sowieso nicht marktfähig anbieten können, wo so etwas eine Rolle spielen kann.

Ich hoffe, dass ich damit Ihre Fragen beantwortet habe. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Herr Prof. Mazal hat sich nochmals zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Professor.

o.Univ.Prof.Mag. Dr. Wolfgang Mazal: Darf ich noch unterstreichen und auf einen Punkt hinweisen. Die 24-Stunden-Tätigkeit von Menschen, die sollte wirklich die Ultima Ratio sein. Das ist nicht das, was auch unser aller Wohl gesellschafts- und menschenbildend entspricht, dass jemand 24 Stunden in einer reinen Arbeitsatmosphäre unterwegs ist. Der Mensch lebt nicht nur vom Job allein. Aber ich glaube gerade an diesem Punkt sieht man, dass auch eigentlich hier wiederum die Trennung notwendig ist. Die 24-Stunden-Betreuung muss nicht durch einen 24-Stunden-Menschen passieren.

Du hast von zweimal 12 Stunden gesprochen, von dreimal acht Stunden, von viermal sechs Stunden, was auch immer, wir können hier, aus meiner Sicht, massiv auch in Teilzeitpotentiale gehen. Dort müsste man aber dann schon mit der Sperre operieren können. Wenn einer sagt, ich möchte nicht am Abend einen solchen Dienst machen, dann wäre das wohl abzulehnen, wenn er in so ein „Radl“ eingegliedert ist, dann müsste er auch diese Tätigkeit wahrnehmen.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Universitätsprofessor. Meine Damen und Herren! Bevor ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Klikovits das Wort erteile, möchte ich nochmals aufmerksam machen, sich kurz zu fassen in seiner Wortmeldung, damit es vielleicht dann zusammenfassend von den drei Experten, die noch verblieben sind, eine Möglichkeit gibt, zu antworten.

Bitte Herr Kollege Klikovits.

Abgeordneter Oswald Klikovits (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Vor allem liebe Expertinnen und Experten, die ja sehr viele hier in so konzentrierter Form wahrscheinlich im Burgenland noch nie zum Themenbereich Pflege aufgetreten sind. Ich habe die Botschaft verstanden mich kurz zu fassen. Dennoch erlauben Sie mir ein paar Anmerkungen als Sozialsprecher der ÖVP und vor allem aber auch als Obmann des Burgenländischen Hilfswerks, der ich ja bin, auch hier zu tätigen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Experten auch darauf verwiesen haben, dass neben dem finanziellen Aspekt, den das Land natürlich zweifelsfrei in seiner vollen Härte trifft, vor allem auch individuelle Lösung und sehr viel Kreativität mit dazu beitragen können, dass das Problem Pflege, das ja immer stärker wird, auch gelöst werden kann, und vielleicht mit dem einen oder anderen guten Willen positiv bewältigt werden kann.

Das Herr Prof. Mazal und der Herr Dr. Klein haben vorhin auch gesagt, die größte Herausforderung ist zweifelsfrei die sogenannte rund um die Uhr Betreuung und dass die Menschen in ihrer Gesamtheit, sowohl der Pfleger als auch die Pflegenden, ein bisschen mehr Freiheit und Freizeit für sich selbst brauchen.

Ich bin auch der Auffassung, dass wir als wichtigstes Element und Ergebnis dieser heutigen Diskussion danach trachten müssen, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, dass diese Betreuungsassistenz neben der Pflege oder mit der Pflege gemeinsam auch Realität wird.

Die Volkshilfe, das Burgenländische Hilfswerk, die Caritas, das Rote Kreuz, die Diakonie, egal wie immer sie auch heißen mögen, die im Burgenland professionelle Hilfe anbieten, arbeiten jetzt schon sozusagen mit dieser Grauzone, mit diesem illegalen Markt, mehr oder weniger legal oder illegal zusammen, indem die einen Betreuung und die anderen professionelle Pflege leisten.

Ich bin auch dafür, dass wir diese professionelle Pflege viel stärker durch das Land begleitet bekommen. Nicht nur durch Kontrollen für uns, sondern auch durch Kontrollen des Landes sozusagen, ob diese öffentlichen Gelder, die vom Staat für Pflege aufgewendet werden, auch tatsächlich für Pflege genutzt werden. Denn das ist eine der entscheidenden Faktoren, wie es auch gilt mit dem Steuergeld sorgsam umzugehen.

Ich glaube auch, dass es notwendig ist, dass das Land Burgenland, das jetzt den geringsten Anteil aller Bundesländer für die Pflegebetreuung in der mobilen Hauskrankenpflege und in den stationären Einrichtungen aufwenden kann oder aufwendet, hier sozusagen vielleicht zu einem erhöhten stärkeren Anteil für die Bedürftigen kommt.

Ich weiß, dass das natürlich schwierig ist und was wir in jedem Fall machen müssen, und da spreche ich jetzt vor allem für die Trägerorganisationen, es muss den Trägerorganisationen durch das Land ermöglicht werden, ihre Aufgaben mit möglichst wenig Bürokratie und möglichst vieler finanzieller Unterstützung auch nachkommen zu können. Das ist für uns sozusagen eine Überlebensfrage. Diesbezüglich haben wir schon Wünsche an das Land geäußert, an den zuständigen Landesrat, dass wir eben auch die notwendigen finanziellen Ausstattungen benötigen, um unserer professionellen Tätigkeit nachkommen zu können.

Ich glaube, dass die Pflege viele Chancen bietet, auch für Frauen, die sozusagen im zweiten Bildungsweg in die Arbeit einsteigen möchten. Eine Anmerkung, Herr Kollege Tschürtz: Aus der persönlichen Erfahrung heraus bin ich auch der Auffassung, dass es nicht möglich ist, einen klassischen Lehrberuf Pflegelehrling zu machen, weil es vor allem für die jungen Menschen, wenn man das aus der Praxis heraus kennt, nicht möglich ist, nicht nur die physischen, sondern vor allem die mentalen und die psychischen Kräfte aufzubringen, um diese schwierige Aufgabe der Pflege zu erledigen.

Denn Pflege macht man nicht nebenbei, das ist sozusagen der tiefste Beweis von Menschlichkeit. Jeder, der in der Pflege steht, weiß was das bedeutet. Wie viele Kräfte man aufbringen muss. Ich bin bei dieser Gelegenheit allen jenen, die in diesem Bereich tätig sind, sehr, sehr dankbar dafür, dass sie diese Zeichen der Menschlichkeit tagtäglich

setzen. Wir als Burgenländischer Landtag haben die Aufgabe, diesen Menschen auch die notwendigen Rahmenbedingungen für eine ordentliche und geordnete Pflege in diesem Land zu ermöglichen.

Ich bedanke mich. *(Beifall bei der ÖVP und den Experten)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Trummer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Erich Trummer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrte Expertinnen und Experten! Als SPÖ-Gesundheitssprecher möchte ich auf einen Aspekt eingehen, der heute noch nicht sehr intensiv diskutiert worden ist. Meiner Meinung nach, ist in Zukunft vor allem auch das Gesundheitswesen mit verstärkten Ressourcen in der beispielsweise Pflege älterer Menschen nach einem akuten Krankheitsverlauf einzubringen, um somit auch zu einer wichtigen Remobilisierung beizutragen.

Die Vernetzung der Pflegestrukturen mit dem Gesundheitswesen wird, meiner Meinung nach, eine ganz, ganz zentrale Herausforderung sein. Die Schaffung von geriatrischen Rehabilitationszentren in den Krankenanstalten, eben auch mit einer verbesserten Ausbildung geriatrischer und psychogeriatrischer Ausbildung der Ärzte, wird, meiner Meinung nach, ganz unverzichtbar sein.

Aber auch der Ausbau der Hospiz und Palliativversorgung, wie sie beispielsweise bereits im Krankenhaus Oberpullendorf besteht, kann auch ein Beitrag des Gesundheitswesens zu einem neuen Betreuungsmodell sein. Es muss daher ganz einfach auch die Frage einer Umwidmung von Betten in Krankenanstalten forciert werden. Und auch natürlich die Einrichtung von Spezialstationen. Deshalb, sehr geehrte Expertinnen und Experten, insbesondere den Herrn Dr. Klein und den Herrn Univ.Prof. Mazal, sehen Sie ebenfalls im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung der Neustrukturierung des österreichischen Pflege- und Betreuungssystem auch eine Verantwortung des Gesundheitswesens bzw. auch einen Handlungsbedarf bei der neuen Frau Gesundheitsministerin, Frau Kdolsky? *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Als nächste Dame zu Wort gemeldet ist Frau Karin Hamminger von der Wirtschaftskammer Wien.

Karin Hamminger: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werte Damen und Herren des Burgenländischen Landtages! Ich bin sehr froh, heute hier sein zu dürfen und ich möchte Ihnen als Bundesland gratulieren. Ich habe als Mitglied, oder als Betroffene, als diplomierte Gesundheits- und Krankenschwester schon die Sorge gehabt, dass die Diskussion um die Pflege in Österreich nach den stattgefundenen Nationalratswahlen wieder einschläft.

Ihr Bundesland gibt mir die Hoffnung, dass es nicht eingeschlafen ist. Es gibt zwar eine vierseitige Absichtserklärung im Regierungsüberbeinkommen, aber wir aus der Pflege wissen ganz genau, wie Absichtserklärungen, politische Absichtserklärungen im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege zu werten sind.

Meistens sind es gut gemeinte Absichten. Wir können da 20 Jahre zurückrechnen, was bis dato passiert ist; sei es die Ausbildungsreform und vieles noch dergleichen.

Als Mitglied der allgemeinen Fachgruppe in der Wirtschaftskammer Wien habe ich mich in den letzten eineinhalb Jahren auch sehr viel mit dem Aspekt der Fremdleistung in den Gesundheits- und Krankenpflegeeinrichtungen befasst.

Herr Dr. Klein, ich kenne sehr viele Berichte von Ihnen. Ich denke, wir haben in Österreich nicht nur einen Pflegenotstand, wir haben auch einen Gesetzesnotstand.

Das Berufsrecht erlaubt uns viele Möglichkeiten. Das Arbeitsrecht und das Sozialversicherungsrecht verbietet es uns. Es sind alte Gesetze, die zum einen zum Schutz der Arbeitnehmer sehr wichtig sind. Aber Sie dürfen Berufsgesetze nicht unterbinden und das tun sie im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege sehr wohl.

Wir haben einen Pflegenotstand auch dahingehend, wenn wir die internationalen Zahlen vergleichen. In Finnland oder Dänemark gibt es auf 1.000 Einwohner 21,9 Pflegepersonen; in Österreich sind es 5,9. Wir machen hier das Schlusslicht.

Also möchte ich von unserem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Schüssel nie wieder hören, wir haben keinen Pflegenotstand. Wir haben ihn! Wir haben ihn in den Pflegeheimen, wir haben ihn im mobilen Bereich. Der mobile Bereich, Herr Dr. Klein, ich gebe Ihnen auch Recht, wenn Sie sagen, es kostet keine 4.000 Euro, wenn wir das legal durchführen.

Als Teilhaber eines neuen jungen internationalen Unternehmens Name „Pflegegruppe Austria“ haben wir mit Experten ein Modell erarbeitet, was über Wochen gedauert hat, um ein leistbares, legales Modell für die mobile Pflege rund um die Uhr zu erarbeiten.

Wir kommen auf 2.000 bis 2.300 Euro im Monat. Hier sind die Leute nach dem ASVG vollversichert. Der Dienstgeber ist die Privatperson, so wie es das Gesetz derzeit vorsieht. Wir übernehmen für diese Leute - man kann es von ihnen nicht verlangen - die gesamten Dienstgebераufgaben, die zu erfüllen sind; die Anmeldungen, Abmeldungen und dergleichen.

Wissen Sie, was uns bis dato passiert ist? Wir sind zu teuer, weil es nach wie vor über diese anderen Vermittlungen läuft, wo es mittlerweile über das Mietrechtsgesetz verankert ist. Die Leute werden aus der Slowakei hereingeholt - über das Mietrechtsgesetz - und unter katastrophalsten und billigsten Bedingungen wieder illegal vermittelt.

Und hier ist bis dato nichts passiert. Hier ist die Politik aufgerufen - die Leistbarkeit - und 2.300 Euro sind mit Unterstützung der öffentlichen Hand leistbar, sind legal und werden fachlich kontrolliert.

Wir haben bei uns in der „Pflegegruppe Austria“ eine akademisch geprüfte Leiterin des Pflegedienstes. Es würde auch hier die fachliche Kontrolle da sein, aber bis dato ist seitens der Bundesregierung, sie ist zwar noch sehr jung im Amt, aber nichts angedacht und nichts passiert.

Ich freue mich, dass hier im Burgenland erste Aspekte und erste Ansätze da sind. Danke schön! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Danke Frau Hamminger.

Ich erteile nun Herrn Josef Berghofer vom Pflegeheim Haus St. Vinzenz in Pinkafeld das Wort.

Josef Berghofer: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Abgeordnete! Ich bedanke mich für die Einladung.

Ich bin auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Heim- und PflegedienstleiterInnen im Burgenland. Ich darf hier auch die stationären Einrichtungen weitestgehend vertreten. Ich freue mich, dass sie eingeladen sind.

Ich habe mir drei Punkte aufgeschrieben, die meiner Meinung nach ganz wichtig sind. Ich möchte bei mir selber anfangen, das ist meine Art. Ich möchte in meinem Kompetenzbereich einiges verändern, wo ich glaube, dass es sinnvoller wäre, das gesamte System zu stützen und auch Lösungsansätze zu bieten.

Von uns Anbietern, glaube ich, wird künftig Kreativität gefordert. Es ist heute schon mehrmals angesprochen worden. Wir brauchen Tageszentren, wir brauchen zwischen Zuhause und Heim viele Stationen, wo das Angebot sehr facettenreich ist, wo das Angebot individuell abgestimmt werden kann.

Das halte ich für ganz wichtig und ich glaube, dass auch auf der Kostenseite hier ein riesiges Einsparungspotential und eine Verbesserung der Qualität zu erzielen ist.

Die Kreativität aber müssen wir auch von der Politik verlangen und da, glaube ich, sehr vehement. Ich glaube, dass die Politik Weichenstellungen stellen muss, um legale Pflege, und das ist heute auch schon angeklungen, der illegale Weg ist nicht fortzusetzen. Das ist eines Sozialstaates Österreich nicht würdig. Das muss ganz klar gesagt werden!

Die Politik muss sich überlegen, welche Wege gibt es dahin? Welche Weichenstellung kann ich anbieten? Die Politik muss das Bekenntnis ablegen, was ist uns der alte Mensch wert, nicht nur vor Wahlen, sondern auch nach den Wahlen?

Mit Alten lässt sich vor den Wahlen recht schön auf Stimmenfang gehen. Es wird immer wieder die Diskussionsfrage gestellt, es wird die Pflegedebatte hochgefahren und, und, und; viele Themen, was alte Menschen betrifft.

Aber wenn es dann um Lösungsansätze geht, um konkrete Bekenntnisse, um Zusagen, finanzielle Absicherung dieses Bereiches, dann ist die Diskussion sehr schnell verstummt.

Ich glaube, da ist die Politik in Zukunft gefordert, und der Wähler wird das irgendwann auch einfordern, wenn er hier im Stich gelassen wird.

Herr Dr. Mazal hat sehr schön angesprochen, es bedarf einer Informationsoffensive, und das ist mein zweiter Punkt. Ich glaube, dass jede größere Gemeinde im Burgenland, oder jede Region, oder jede Kleinstadt, oder auch größere Städte Pflegekoordinatoren in Zukunft brauchen.

Ich in meiner Tätigkeit als Heimleiter führe im Jahr - ich habe voriges Jahr bewusst mitgeschrieben - zirka 50 Informationsgespräche. Leute, die von einem Tag auf den anderen in die Situation kommen, dass sie Hilfe zu diesem Thema brauchen.

Es sei, ein Lebenspartner kommt ins Krankenhaus - nur um ein Beispiel zu nehmen - und der pflegebedürftige Angehörige bleibt alleine zu Hause. Ich brauche heute noch einen Pflegeplatz, ich brauche heute noch jemanden für die Nacht. Ich brauche in den nächsten 14 Tagen Unterstützung, dann komme ich vom Krankenhaus wieder nach Hause und könnte die Pflege wieder fortführen, zum Beispiel.

Die Flexibilität wäre hier gefragt und vor allem die Informationsoffensive. Informationsoffensive seitens der Anbieter, Informationsoffensive auch seitens der Behörden, sprich Sozialhilfe, da werden die Leute mit halbwahren Informationen sehr oft im Regen stehen gelassen. Was kommt auf mich finanziell zu?

Ich habe einen Fall. Eine Frau in unserem Pflegeheim war zweieinhalb Jahre im Pflegeheim, die Tochter hat um Sozialhilfe angesucht. Sie hat sich zweieinhalb Jahre bemüht, um bei der Behörde nachzufragen, welche Regressleistungen habe ich zu

erwarten. Die Mutter ist verstorben, zwei Tage später hat die betreffende Angehörige einen Brief mit 40.000 Euro Regressforderung erhalten.

Das ist keine Qualität. Also da muss sich meiner Meinung nach etwas ändern. Das fällt uns stationären Einrichtungen alle auf den Kopf.

Präsident Walter Prior: Herr Berghofer, ich würde Sie bitten, sich kürzer zu halten, damit alle, die sich gemeldet haben, auch zu Wort kommen.

Josef Berghofer (fortsetzend): Ich habe nur noch einen dritten Punkt aufgeschrieben. Da steht Schnittstelle. Wenn man ein Akutbett auflässt, muss man sich natürlich auch Gedanken machen, was kann ich am stationären Langzeitbereich oder in nachgelagerten Diensten verändern, damit dieses aufgelöste Akutbett adäquat auf einer anderen Schiene abgegolten wird? Danke schön! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Danke. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Mag. Editha Funovics vom Burgenländischen Hilfswerk das Wort.

Mag. Editha Funovics: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche heute zu Ihnen als Geschäftsführerin des Burgenländischen Hilfswerkes, aber auch als Vorsitzende der ARGE für die mobile Hauskrankenpflege und Betreuung im Burgenland.

Meine Kollegen der Volkshilfe, der Diakonie, der Caritas, vom Roten Kreuz und Sozialinitiative Großpetersdorf sind heute mit mir hier auf der Galerie und wir haben sehr aufmerksam zugehört.

Die ARGE Hauskrankenpflege und soziale Dienste sieht viel Handlungsbedarf im Bereich der Pflege und Betreuung im Burgenland. Es wurde von unseren Vorrednern aber schon so viel angeführt, ich könnte Ihnen stundenlang erzählen, will es aber nicht machen.

Zwei wesentliche Punkte möchte ich nennen. Das eine sind die Kosten für unsere Patienten. Herr Dr. Schober hat es heute in seinem Referat gesagt. Die Kosten im Burgenland für mobile Hauskrankenpflege und Betreuung liegen deutlich über den anderen Bundesländern. Wir hoffen, dass sich das im Interesse unserer Patienten bald ändert, weil wir dadurch auch eine wesentliche Stärkung unserer Organisationen erwarten und dadurch auch die Arbeitsplätze für unsere legalen Arbeitskräfte im Burgenland langfristig gesichert werden.

Der zweite Punkt. Über die ganze Diskussion, 24 Stunden illegale Arbeitskräfte et cetera, möchte ich Sie alle bitten, nicht auf unsere burgenländischen Arbeitskräfte zu vergessen.

Unsere Organisationen, die ich hier vertrete, bieten an: mobile Hauskrankenpflege und Betreuung flexibel und flächendeckend von Kittsee bis Kalch. Bis in die alpinen Regionen des Bernsteiner Gebirges, wo man in einem normalen Winter nur mit Schneeketten fahren kann; das bei Wind und Wetter, in der Hitze des Sommers im Seewinkel.

Wir haben Heimhilfen, Pflegehelferinnen, diplomierte Krankenschwestern, die tagtäglich, auch an Feiertagen, auch zu Weihnachten und jetzt unlängst auch zu Silvester, zu den Burgenländern fahren und ihnen Pflege und Betreuung bieten.

Unser Wunsch ist es, deren Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Wir Organisationen haben immer wieder mit gestiegenen Kosten zu kämpfen. Ob das ein Kollektivvertrag ist, der erhöht wird, oder die Bezinkostensteigerungen des letzten Jahres.

Wir brauchen dringend eine Tarifierhöhung und freuen uns, wenn wir sie bald bekommen, damit die Finanzierung der Organisation, die Arbeitsplätze und auch die Betreuung der Burgenländer sichergestellt sind. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Danke Frau Mag. Funovics.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Klaus Just, praktischer Arzt in Oberschützen.

Dr. Klaus Just: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In meiner Tätigkeit als praktischer Arzt habe ich in meinem Sanitätskreis Einblick über den Pflegenotstand. Ich möchte hier mit einer leicht provokanten Behauptung an Sie herantreten, dass der Pflegenotstand nicht so arg ist, wie er allgemein dargestellt wird. Es gibt genügend Pflegeeinrichtungen.

Wo der private Pflegebedarf mit den öffentlichen Einrichtungen nicht Hand in Hand gehen kann, ist der mündige Burgenländer fündig geworden, indem er ausländische Pfleger ins Land geholt hat, sodass wir hier nicht so sehr einen Pflegenotstand als einen Gesetzesnotstand haben.

Wir in Oberschützen hätten gerne ein kleines Pflegehaus, eine Altenwohnbetreuung, so in der Größe von 40 Betten, und hier kommen unsere Vorstellungen mit denen von Herrn Landesrat Dr. Rezar überein, wo man sagt, Kleineinheiten ortsnahe. Das hat den Vorteil, dass die Angehörigen in der Nähe der Pflegenden sind und jetzt meine Frage: Wäre es nicht möglich, diese illegalen Beschäftigten, diese illegalen Pfleger, in ein legales Arbeitsverhältnis umzuwandeln?

Vom Gesetz her müsste das gehen. Dass das natürlich Geld kostet, ist also ganz klar.

Wenn ich mir vorstelle, dass zum Beispiel zwei, drei Sanitätssprengel oder vier Sanitätssprengel so ein kleines Pflegeheim haben, könnte das über das Burgenland verteilt, könnte der Pflegenotstand und der Gesetzesnotstand in den nächsten 20, 30 Jahren aufgehoben sein. Das kostet natürlich Geld.

Jetzt auch wieder meine Frage, wie Herr Professor Dr. Mazal gesagt hat: Müssen wir immer nach Qualität, Qualität, Qualität rufen? Meine Frage: Muss es sein, dass ein Einbettzimmer 15 Quadratmeter hat? Reichen nicht 12? Muss es sein, dass ein Doppelzimmer 25 Quadratmeter hat? Reichen nicht vielleicht 20 Quadratmeter?

Ist es notwendig, dass jedes Zimmer eine Nasszelle hat? Es ist ja auch so, dass zum Beispiel zwei, drei Zimmer zusammen eine Nasszelle haben können. Wenn wir heute im Krankenhaus Oberwart schauen, da gibt es Zimmer mit sechs Betten, die haben auch nur eine Nasszelle.

Ist diese zeitaufwendige Dokumentation wirklich notwendig?

Ein Anstoß wäre: Könnte man nicht die Angehörigen zu einem gewissen Solidaritätsbeitrag verpflichten? Hier könnte ich mir so 120 bis 160 Euro pro Monat vorstellen.

Unser neuer Bundeskanzler Dr. Gusenbauer hat ja diese Diskussion in Gang gebracht. Warum können die Angehörigen ihre Pfleglinge nicht zum Beispiel am Samstag, Sonntag nach Hause nehmen? Wäre das nicht eine Möglichkeit? Wenn wir vier Wochenenden haben und zum Beispiel 160 Euro, wenn die Angehörigen die Pfleglinge zwei Wochenenden nach Hause nehmen, dann kostet es nur mehr 80 Euro, oder wenn

sie sie alle vier Wochenenden nach Hause nehmen, dann würde der Beitrag überhaupt wegfallen.

Dadurch könnte man die Tagsatzvereinbarungen sichtlich kürzen und es wäre meiner Ansicht nach möglich, mehrere kleine Heime zu errichten. Ich danke vielmals.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Dr. Just.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Anna Schlaffer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete. (*Abg. Anna Schlaffer: Ist schon erledigt.*) Ist schon erledigt, dann der nächste Abgeordnete, Herr Sagartz.

Bitte Herr Abgeordneter. **Abgeordneter Christian Sagartz** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es mag vielleicht ein wenig überraschen, dass ich mich als Jugendvertreter zum Thema Pflege zu Wort melde.

Ich denke aber, die Jugendlichen sind heute vermehrt angesprochen worden und ich glaube auch, Pflege ist ein Generationen übergreifendes Thema, das die ganze Familie und das ganze Umfeld eines zu Pflegenden betrifft.

Drei Punkte möchte ich hier anführen. Einerseits geht es mir um Nachhaltigkeit. Ich glaube, dieses Thema kann man nicht aufgreifen und dann sagen, wir haben die Lösung für ein oder zwei Jahre parat. Wie immer die aussieht, ob jetzt, wie soeben skizziert, in irgendeiner Veränderung der Pflegebauten oder des Pflegesystems, sondern es geht um eine Lösung, die in den nächsten 15, 20 Jahren hält, nämlich für die nächsten Generationen.

Noch ein persönliches Statement, das ist mein zweiter Punkt, zur Pflegelehre. Ich denke mir, 15-, 16- und 17-Jährige sind einfach emotional nicht in der Lage, eine derartige Anspannung auszuhalten, die einfach entsteht, und ich kenne das aus persönlicher Erfahrung, aus meinem Umfeld, wenn jemand zu Hause zu pflegen ist. Das traue ich - gelinde gesagt - dieser Altersgruppe nicht zu.

Noch ein klares Wort. Weder Zivildienstleistende noch ein eventuell sozialarbeitsleistender Student, wie jetzt angedacht, sind in der Lage Instrumente zur Verfügung zu stellen, um unsere Pflegeversorgung sicherzustellen.

In aller Kürze mein Statement. Danke schön! (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Nehmen wir noch den Herrn Dr. Achrainer, bevor Sie dann, Herr Dr. Klein, weggehen, sodass Sie noch ein Statement abgeben können.

Direktor Andreas Achrainer vom Roten Kreuz.

Bitte Herr Direktor.

Direktor Andreas Achrainer: Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Das Österreichische Rote Kreuz möchte folgenden Beitrag zu dieser Diskussion beisteuern.

Es ist vielfach das Thema Familie genannt worden. Wir müssen aber in der heutigen Zeit speziell auch davon ausgehen, dass man nicht immer nur auf die Familie zurückgreifen kann, beziehungsweise die Familie ist sowieso schon in vielen Punkten sehr stark strapaziert, insbesondere die Frauen in der Familie, und hier ist es, glaube ich, wichtig anzusetzen, Unterstützung zu bieten.

Das Österreichische Rote Kreuz möchte drei Forderungen zu diesem Punkt formulieren: Das Erste ist einmal, das Betreuungsangebot zu Hause langfristig in

Betreuungspaketen neu zu entwickeln und neue Tarifmodelle herauszubringen. Hier speziell unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse. Soziale Staffelung als Stichwort!

Ein zweiter Punkt. Ich glaube, es ist wichtig, dass man, wenn man von Betreuungspaketen spricht, das Thema Palliativ Care nicht aus dem Auge verlieren sollte und Palliativ Care in die Regelversorgung integrieren muss und auch hier über langfristige Finanzierungsmodelle nachzudenken, wo sich auch die Hilfsorganisationen gerne zur Verfügung stellen, auch das Rote Kreuz hier sein Know-how zur Verfügung stellt, Finanzierungsmodelle zu finden.

Ein dritter Punkt, er ist heute vielfach genannt worden, ist das Thema Beratung, Unterstützung. Unterstützung, Pflege, beginnt bei der Beratung. Gute Beratung, der Kollege hat das vorher kurz angesprochen, ich möchte hier eine Bitte, eine Forderung des Roten Kreuzes für das Burgenland auch festhalten.

Ich denke mir, wir sollten, wenn wir von Beratung sprechen, auch im Bereich der Bürokratie beginnen und über die Schaffung eines Pflegereferates im Burgenland nachdenken.

Das Thema Zivildienst ist vorher noch kurz angesprochen worden. Da möchte ich dem Kollegen von der ÖVP beipflichten. Ich war die letzten Jahre Leiter der ZivildienstverwaltungsGesmbH und dann auch noch eine Zeit lang im Rahmen der Zivildienstserviceagentur für die Zivildienstleistenden zuständig.

Die Zivildienstleistenden sind für mich eigentlich das beste Beispiel, dass man hier aufpassen muss, dass man die jungen Menschen im Pflegebereich nicht überfordert. Die meisten Probleme mit Zivildienstleistenden auf Grund von Überforderung gab es im Pflegebereich. Also das möchte ich hier auch noch unterstreichen. Danke schön!
(Allgemeiner Beifall)

Präsident Walter Prior: Danke Herr Direktor.

Herr Dr. Klein, ich würde Sie jetzt um Ihre abschließende Stellungnahme bitten.

Dr. Christoph Klein: Herr Präsident! Hohes Haus! Abschließende Stellungnahme soll natürlich nicht heißen, dass ich jetzt diese Debatte abbrechen will...

Präsident Walter Prior: Das sicher nicht.

Dr. Christoph Klein (fortsetzend): Die auf außerordentlich hohem Niveau stattfindet. Ich gratuliere Ihnen, Herr Präsident, und Ihnen allen, Hohes Haus, dass Sie sich gemeinsam mit Expertinnen und Experten - nicht nur auf dieser Bank, sondern auch im Publikum, die hier so interessiert mitdiskutieren - diesem Thema so spannend widmen.

Ein paar Worte möchte ich meinerseits noch kurz einwerfen. Das Thema Vernetzung ist angesprochen worden. Darauf bin ich vom Gesundheitssprecher der SPÖ auch direkt angesprochen worden. Das ist sicherlich ein ganz wesentlicher Ansatz, der einerseits dem Sparen dient und andererseits natürlich aber auch der Qualitätssicherung.

Es ist schon angesprochen worden das Akutbett, das wahrscheinlich teurer ist als das Pflegebett oder als die punktgenaue, maßgeschneiderte mobile Betreuung zu Hause.

Das Entlassungsmanagement spielt dabei sicherlich auch eine ganz große Rolle. Es gibt immer wieder Fälle, wo Leute - ich hoffe, das ist im Burgenland möglichst wenig der Fall - zum Beispiel das eben genannte Akutbett mehr oder weniger pflegebedürftig verlassen und wenige Tage später wieder im Krankenhaus landen, dehydriert, wund

gelegen oder sonst was, weil nicht klar genug darauf geschaut wurde, weil die Angehörigen nicht erfahren genug sind, nicht angeleitet genug sind.

Alles, was man da hineinsteckt an Hirnschmalz, an kreativen Ideen, die von Ihrer Seite auch angesprochen wurden, rentiert sich nicht nur für die Pflegebedürftigen, sondern sicherlich auch für die Budgets, die hier in Zusammenhang stehen.

Natürlich gibt es da unter Umständen widerstreitende Einzelinteressen, wird sozusagen dorthin geschoben, wo es jeweils mich als Krankenanstaltenträger, als Familie, et cetera, nichts kostet. Aber im Sinne einer bestmöglichen Verwaltung aller unserer Mittel ist das natürlich Unsinn.

Da finden sich auch im Regierungsübereinkommen eigentlich recht gute Ansätze, sozusagen auf ein Gemeininteresse der Öffentlichen Hand zu schauen und die verschiedenen Trägerorganisationen besser miteinander zu vernetzen. Hoffen wir, dass das tatsächlich geschieht und dass hier Eigeninteressen zurücktreten.

Bei Ihnen habe ich jedenfalls das Gefühl hier im Burgenländischen Landtag, dass das mit hoher Sachlichkeit und nicht sozusagen, um dem Konflikt hier irgend Nährboden zu geben, diskutiert wird, und das stimmt mich sehr hoffnungsvoll.

Etwas vielleicht noch ganz kurz abschließend zum Thema Schwarzarbeit, dem ich mich ja besonders gewidmet habe und zu der Frage, dass da Mehrkosten entstehen können und dass da die Politik dann auch den Mut brauchen würde, damit sich das irgendwie rentieren kann, dass dann die Schwarzarbeit damit auch unterbunden wird, dass entsprechend von Pensionen, vom Pflegegeld, eben auch Beiträge geleistet werden, zur Aufrechterhaltung eines solchen Systems, dass es den Rückfluss aus der legalen Arbeit gibt in Form von Steuerzahlungen, Sozialversicherungsbeiträgen, dass es den Gewinn für den Arbeitsmarkt gibt, durch die Legalisierung, dass wir weniger Arbeitssuchende, arbeitslos gemeldete Menschen im Bereich der Betreuungs- und Pflegeberufe haben.

Damit das so funktionieren kann, bedarf es also eines sozusagen gemeinschaftlichen Mutes der Politik zu sagen, wenn einmal das Angebot steht, verfolgen wir Schwarzarbeit.

Da möchte ich auf einen ganz wichtigen Aspekt hinweisen. Dabei gibt es sicherlich nicht nur Verlierer. Verlierer zum Beispiel die, die einfach sagen, super, jetzt zahlen wird zum Beispiel unseren zwei rumänischen Hausfrauen, die im Turnus kommen, 900 Euro, da bleibt uns noch ein schöner Teil der Pension der Mama oder des Pflegegeldes in der Erbschaft übrig, wenn die dann einen höheren Selbstbehalt zum Beispiel zahlen müssten für ein offizielles Angebot, gehören die natürlich zu den Verlierern und werden vielleicht murren.

Dann wird es aber auch die Menschen geben, die zum ersten Mal auf diese geregelte Weise und mit einer entsprechenden Subventionierung überhaupt in den Genuss einer „24 Stunden rund um die Uhr Betreuung“ zu Hause kommen können.

Denn wenn wir uns heute zum Beispiel die durchschnittliche Frauenpension in Österreich anschauen, die irgendwo bei 750, 800 Euro liegt, wenn wir uns anschauen, was das Pflegegeld oft auch für demente Personen in Stufe drei, vier, dazu bringt, wenn wir uns die Wohnraummöglichkeiten anschauen, dann ist es bei Leibe nicht so, dass alle Menschen, die gerne die Betreuung und Pflege zu Hause hätten, das auch wirklich angeboten kriegen.

Das heißt, man kann hier durchaus Gewinner kriegen, die mit einem sorgfältigen Draufschaun einer Pflegeanalyse einem entsprechenden, daran geknüpften Angebot mobiler Dienste, wenn es sein muss der Platz in der Institution oder wenn das die ideale Zwischenlösung ist, die „24 Stunden Betreuung“, wenn die Menschen darauf zugreifen können, dann kann es hier in Summe sehr viele Gewinner geben. Und dann wird das Murren, weil sozusagen die rumänische Schwarzarbeiterin billiger war als das neue Angebot, auch verstummen.

In diesem Sinne noch einmal herzliche Gratulation für Ihre vorzügliche Enquete und vielen Dank, dass ich hier sprechen durfte. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Herr Dr. Klein, ich darf mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind, dass Sie uns aus Ihrer Sicht auch seitens Ihrer Institution, die Sie vertreten, Ihr Statement abgegeben haben zu der Thematik Pflege im Burgenland speziell, Pflege in Österreich.

Ich glaube, dass wir mit Ihren Anregungen, mit Ihrem Statement, das Sie hier abgegeben haben, auch weiterarbeiten und diese Gedanken auch weiterverfolgen können. Herzlichen Dank fürs Kommen!

Ich darf nunmehr dem Direktor der Burgenländischen Gebietskrankenkasse, Herrn Mag. Christian Moder, das Wort erteilen.

Direktor Mag. Christian Moder: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Ich habe die Diskussion jetzt mit hohem Interesse verfolgt.

Ich glaube, dass in der weiteren Diskussion des Themas eines notwendig ist: Eine klare Trennung zwischen Pflege, Pflege von erkrankten Personen, chronisch erkrankten Personen, irreversibel erkrankten Personen, und der Betreuung von Personen.

Der Betreuung von Personen, die einfach mit der alltäglichen Lebensführung alleine nicht mehr zurechtkommen, die jemanden brauchen, um das Essen einzunehmen, um einen Spaziergang zu unternehmen. Da setzen die Definitionen des Pflegegeldgesetzes aus. Sie reichen für diesen Bereich nicht.

Es ist mir schon klar, beides wird in einem integrierten Paket gebraucht werden. Zunächst die eine Form, dann parallel beide Formen und zuletzt wahrscheinlich dann nur mehr die Pflege bis hin zur Intensivpflege.

Ich glaube aber, dass an beide Bereiche unterschiedliche Anforderungen gestellt sind, was die Intensität und auch die Ausbildung und Qualität der Pflege beinhaltet. Daher sollten sie durchaus getrennt diskutiert werden, um anschließend in einem Gesamtpaket zusammengeführt werden zu können.

Es wird wahrscheinlich auch die Lösung des Problems nicht so schnell gehen, daher möchte ich noch auf einen Aspekt hinweisen. Die Lösung soll eine gute sein, und ich glaube, wir brauchen eine Übergangslösung von allen Formen, um jetzt auch diese 24 Stunden-BetreuerInnen, Obsorger, wie ich sie gerne bezeichne, aus der Illegalität zu holen und vor allem die Beschäftiger aus der Illegalität zu holen.

Es geht nicht so sehr um die Damen, die das machen, sondern auch um jene Personen, die gepflegt werden und in letzter Konsequenz ja als Beschäftiger gelten.

Die Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes hat nur einen Aspekt gelöst, nämlich: sie arbeiten nicht mehr illegal. Aber das Sozialversicherungsrecht, insbesondere des ASVG existiert, und da möchte ich schon auf eine Facette hinweisen. Jetzt, wo diese

Personen legal in Österreich arbeiten, könnten Sie - ich sage es einmal vorsichtig - keine Scheu mehr haben, Ihren kollektivvertragsrechtlichen Anspruch einzuklagen, einzufordern. Der Betroffene ist dann mit hohen Beitragsnachzahlungen, die dann plötzlich auf ihn zukommen, konfrontiert. Daher glaube ich, dass wir kurzfristig eine Übergangsregelung und unter Umständen Ausnahmebestimmungen schaffen sollten, um dann wirklich eine gute Lösung zu finden. Weil, eines muss uns schon klar sein, so, wie wir das jetzt regeln, so werden auch wir einmal gepflegt werden und ich möchte eigentlich gut gepflegt werden. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Herr Caritas-Direktor Dr. Markus Glatz-Schmallegger.

Bitte.

Dr. Markus Glatz-Schmallegger: Vielen Dank! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herzlichen Dank für die Einladung! Ich glaube, dass die Debatte, und das möchte ich auch gerne unterstützen, inhaltlich sehr ergiebig war. Ich habe es insbesondere als erfrischend und wichtig gefunden, dass hier auch die Debatte um die Betreuung von der Debatte um die Pflege getrennt wurde.

Ich merke nämlich ständig, dass hier Äpfel mit Birnen vertauscht werden. In der Pflege unterliegen wir aber ganz klaren und auf gesetzlicher Basis festgeschriebenen Qualitätskriterien, die letztlich im Sinne der zu betreuenden Personen zu verstehen sind. Diese Pflege, die auch in der entsprechenden Qualität aufrecht zu erhalten ist, kostet natürlich etwas.

Die kurzfristig anlassbezogene Debatte deckt natürlich aber auch einen wichtigen Betreuungsnotstand auf. Sie soll aber, denke ich, nicht verdecken, dass wir im Bereich der qualitativ hochwertigen Pflege, auch im Burgenland, sicher einige wichtige Schritte gegangen sind. Dies geschah im Sinne eines ausdifferenzierten Angebotes für bestimmte Pflegebedürfnisse.

Gerade die mobile Hauskrankenpflege, bei der die Menschen schon ab einer niedrigen bis hin zu einer ganz hohen Pflegestufe, wo wichtige Pflegetätigkeiten durchzuführen sind, zu Hause aufgesucht werden, kann diese eigentliche Pflege mit einem sehr kurzen und leistbaren Zeitaufwand von, sagen wir einmal, drei halben Stunden am Tag, durchaus erfüllen. Das Angebot reicht also von der mobilen Hauskrankenpflege, über das Tageszentrum, wo Menschen eben tageweise ein für ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Betreuungsangebot und auch Gemeinschaft vorfinden, bis hin zu neuen betreubaren Wohnformen und zur stationären Pflege.

Hier sind die notwendigen Schritte gegangen worden. Gleichzeitig gibt es aber natürlich auch einen Handlungsbedarf im Sinne des Sparens, vor allem aber auch im Sinne der Qualität, um diese effektiv und effizient zu gestalten. Allein aus der Sicht eines Menschen, der pflegebedürftig wird und wo zunächst die mobile Hauskrankenpflege im Haushalt tätig werden muss, gilt es den gesamten Prozess neu zu organisieren. Beginnend beim Tageszentrum, über betreute Wohnformen bis hin zur stationären Einrichtung, muss man sich die Schnittstellen gut überlegen, wo man als Organisation, vielleicht auch als Anbieter, der, so, wie die Caritas, alles hat, um die Angebote zu straffen, gut aufeinander abzustimmen und die Durchlässigkeit zu gewährleisten.

Weiters wird es notwendig sein, das auch mit den anderen Anbietern vor Ort zu verknüpfen und ein Betreuungs- oder ein Pflegesetting zu entwickeln, das auf die Gegebenheiten und auf die individuelle Bedürfnislage zugeschnitten ist. Da müssen sozusagen auch multidisziplinäre Teams auf bestimmte Angebote vor Ort abgestimmt werden. Das muss möglichst gut, fiktionsfrei und für die einzelne Person treffend gemacht

werden. Diese Vernetzungstätigkeit und die qualitätvolle Abstimmung der einzelnen Angebote braucht aber auch Zeit. Hier ist es auch gut zu investieren, damit die einzelnen Angebote wieder sinnvoll auf einander abgestimmt werden können.

Insofern und abschließend will ich sagen, dass ich glaube, dass im Bereich der Pflege schon einiges gemacht wurde. Es ist daher wichtig, beides auseinander zu halten und die Betreuungspflege hier nicht kurzfristig, angesichts knapper Mittel, zu schließen, auf Kosten der Bemühungen die Qualität der Pflege auszubauen und hier woanders stärker zu investieren, sondern, ich glaube, dass der gesamte Pflege- und Betreuungsnotstand eine gesellschaftspolitische Herausforderung ist.

Hier darf nicht das eine, auf Kosten des anderen kurzfristig gefördert werden. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Der nächste Beitrag kommt von Frau Reinhilde Schutting vom Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverband in Eisenstadt.

Bitte sehr gnädige Frau.

Reinhilde Schutting: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Schutting. Ich bin die Landesvorsitzende des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes, Landesverband Burgenland und ich spreche für die professionelle Berufsgruppe der Pflegenden.

Aus Sicht des Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes, aus der Sicht der Gesundheits- und Krankenpflegepersonen, die mit der Thematik hautnah in der Vergangenheit auch immer wieder konfrontiert waren, sehen wir es als sehr positiv, dass im neuen Regierungsprogramm doch einige langjährige Forderungen vom Berufsverband berücksichtigt wurden.

Beispiele dafür sind die verpflichtende Pflegeberatung, der Ausbau der Pflegeberatung beim Einsatz von Betreuungsmodellen und die vermehrte Einbindung der Pflege als Berufsgruppe in diese Versorgung. Wir sehen das als sehr positiv. Wir erwarten natürlich auch, und wir sind auch gerne bereit, uns in der Umsetzung einzubringen, dass das nicht eine Absichtserklärung bleibt.

Zu den verschiedensten Thematiken wurden heute schon sehr viele Beiträge geliefert, das möchte ich nicht wiederholen. Ich möchte nur eines noch dazu sagen: Was mir und uns immer wieder aufgefallen ist, ist die Tatsache, dass gerade die Betreuungs- und die Pflegeleistung durcheinander gebracht und nicht unterschieden wird, ab wann tatsächlich eine professionelle Pflegeleistung mit einer qualifizierten Pflegeberufsgruppe notwendig ist.

Wir haben dazu ein Positionspapier vorbereitet, das nächste Woche verabschiedet wird, wo genau diese Trennung und diese Grenzziehung ersichtlich ist. Ich möchte Ihnen das auch dann auch gerne übermitteln.

Hier treten wir, beispielsweise ab der Pflegestufe 3, für eine verpflichtende Pflegeberatung ein und fordern auch, dass ab einer bestimmten Pflegestufe die Pflegeleistungen von professionellen Pflegenden durchgeführt werden.

Alles, was davor ist, dient als Betreuung zur Stärkung der Sicherheit des Patienten, die auch von einer Heimhilfe, auch im Rahmen der Nachbarschaftshilfe und auch von Angehörigen durchgeführt werden kann.

Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Danke Frau Schutting. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Radakovits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Professor Mazal hat mir kurz das Stichwort gegeben, als er die Ebene der Gemeinden angesprochen hat, die hier ebenfalls mitwirken, vor allem mitgestalten und auch nach Lösungsansätzen suchen sollen.

Als Bürgermeister und als Vertreter des Burgenländischen Gemeindebundes denke ich, dass hier die Gemeindeebene bei der Situation, wie wir sie vor allem im Südburgenland vorfinden, in Zukunft unheimlich gefragt ist. Der Abwanderungsdruck führt zu viel mehr allein stehenden älteren Personen. Wenn jetzt eine Gemeinde in Zukunft eine Wohlfühlgemeinde sein will und gemeinsam mit dem Land danach trachten will, dass die Sozialhilfeausgaben nicht weiter explodieren, dann gehört hier unbedingt angesetzt.

Es wird sicherlich notwendig sein, dass das in jeder Gemeinde zu einem Thema wird, sodass man auch als soziale Gemeinde dasteht. Es wird notwendig, und in einer Gemeinde mit 1.000 Einwohner muss das auch möglich sein, dass man darauf achtet, wen man schon lange nicht gesehen hat, wo sich die älteren Personen aufhalten, die nirgends mehr hingehen, ob man sie ansprechen oder zu Gassenfesten einladen beziehungsweise über die Nachbarschaftshilfen und so weiter wieder ins Dorfleben mehr integrieren und so die Vereinsamung aufhalten und ein wenig stoppen kann.

Gerade das ist der erste Schritt für die künftigen Pflegefälle, nämlich, dass man sich isoliert, dass man alleine da ist und mit seinen Problemen nicht weiß, wohin. Ich denke, hier werden wir uns in Zukunft, jeder für sich in seiner Gemeinde, gemeinsam mit den Kreisärzten und den Hilfsorganisationen auch zusammensetzen und versuchen müssen, bestmögliche Lösungsansätze anstatt der ursprünglichen Generationenfamilie direkt vor Ort anzubieten.

Ich wünsche uns allen dazu viel Engagement und viel Motivation. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Herr Mag. Thomas Eminger von der Volkshilfe Burgenland.

Bitte.

Mag. Thomas Eminger: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Mitglieder des Landtages! Als Mitglied der ARGE Hauskrankenpflege und Soziale Dienste und Vertreter der Volkshilfe ist es mir ganz wesentlich am Anfang noch einmal folgendes in Erinnerung zu rufen: Wir haben vom Familienpotential gesprochen, das, Gott sei Dank, mit 75 Prozent im Burgenland noch sehr hoch liegt.

Wir wissen aber auch von internen Berechnungen aus dem Sozialbericht des Landes, dass im Bereich der Familie mit einem starken Rückgang dieses Potentials zu rechnen ist. Ob das jetzt in Bezug auf die Seniorenselbsthilferate ist, wo ältere Menschen im Alter von 60 bis 79 Jahren selbst noch die Möglichkeit haben, innerhalb der Generation, Unterstützung zu geben, oder ob das, wie es vorher schon besprochen wurde, die drei Generationenhaushalte betrifft, die auch immer weniger werden, wo auch 45- bis 79-jährige Unterstützung geben.

Wir wissen, dass das im Sinken begriffen ist. Gott sei Dank haben wir im Burgenland so eine hohe Rate.

Es ist letzten Sommer dann in der politischen Debatte ein großes Thema gewesen, als auch augenscheinlich wurde, dass, wenn dieses Potential nicht mehr da ist, unsere Infrastruktur nicht im leistbaren Ausmaß gegeben ist, dass man auf diese Hilfe zurück greift.

Bevor ich das aber auf die wesentlichen Dinge, die ich mir im Land Burgenland würde wünschen, fokussiere, nämlich, was man hier selbst gestalten kann, wie zum Beispiel die Arbeitszeitregelungen, die vorher schon angesprochen wurden, oder die 24-Stunden Rund-um-die-Uhr-Betreuung, muss auch auf Bundesebene einiges geregelt werden.

Aber, ich denke, noch einmal anschließend an die Kolleginnen und Kollegen der ARGE Hauskrankenpflege, dass wir in den letzten Jahren vieles auf- und ausgebaut haben. Die mobilen Dienste ebenso, wie den stationären Bereich. Jetzt, glaube ich, ist es ganz wichtig, und es wurde auch heuer mit 1.1.2007 eine Verordnung in Kraft gesetzt, wo auch die Tagesbetreuung gefördert werden soll, einen ganz wesentlichen Baustein zu setzen, der dazu führen soll, dass nicht sofort eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung notwendig ist.

Ich denke, dass es hier, wie dies schon vom Gesundheitssprecher angesprochen wurde, notwendig ist, in Vernetzung mit dem Gesundheitswesen bestehende Einrichtungen, wie beispielsweise die Überleitungspflege in Oberwart und in den anderen Spitälern, verstärkt auszubauen. Dies ist auch notwendig, um hier bessere Informationen weiter zu geben. Auf der anderen Seite würde ich mir auch wünschen, dort, wo das Land durch Wohnbauförderungsmittel die Möglichkeit hat, gemeindenahе Wohnformen und Betreuungsformen zu ermöglichen.

Ich denke, hier hätte das Land ebenfalls die Möglichkeit, Unterstützung zu geben und begleitend oder evaluierend neue Betreuungsformen zu versuchen. Ich denke mir, dass es notwendig sein wird, auch auf Bundesebene einheitliche Betreuungsstandards festzulegen, sodass dann, in Absprache mit den Ländern, auch von der finanziellen Seite her ein Mindeststandard gegeben sein muss. Ich weiß, dass das sicherlich eine große Herausforderung sein wird.

Von Bundeseite müssen bestimmte Strukturmittel zur Verfügung gestellt werden, um das aufzubauen. Ich wünsche mir auch, und ich denke, da bin ich auch mit allen Mitgliedern der ARGE Hauskrankenpflege einer Meinung, dass der, in den letzten drei Jahren im Bereich der mobilen Dienste, begonnene Wege auch weiterhin in dieser Form entwickelt wird.

Ich möchte auch, ebenso wie das Rote Kreuz, das sich das vorher auch schon gewünscht hat, darauf hinweisen, dass die Tarifgestaltung über den Betreuenden eine kundenfreundlichere und dass auch die in den letzten Jahren dankenswerterweise von Seiten des Landes zusätzliche Unterstützung auch in Hinkunft gegeben ist.

Ich denke abschließend, dass es emotional wichtig ist, dass die Betreuten, die Familienangehörigen, im Rahmen einer Rechtssicherheit quasi verschiedene Formen von Betreuungsarrangements zur Verfügung gestellt bekommen. Das ist, wie es schon vorher von der Caritas gesagt worden ist, sicher nicht von heute auf morgen möglich, aber, ich denke, man sollte rechtzeitig beginnen, auch diese Tagesbetreuung auszubauen und mit finanziellen Mitteln zu unterstützen.

Recht herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Danke Herr Magister.

Ich erteile nunmehr der Frau Landesrätin Verena Dunst das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungskollegin und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Expertinnen und Experten. Es ist heute schon sehr viel gesagt worden. Ich kann mich deshalb, als in dreierlei Funktion Betroffene, auf einige wesentliche Sätze konzentrieren.

Bis zum Jänner des Jahres 2006 habe ich sehr vieles lediglich in der Theorie mitdiskutiert. Seitdem weiß ich, was es für mich als Regierungsmitglied heißt, eine, Gott sei Dank, nicht sehr pflegeintensive, aber doch eine zu betreuende Schwiegermutter im Haushalt zu haben. Da ist es dann nicht mehr selbstverständlich, dass irgendwer irgendwo aus dem Haus geht, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob noch jemand zu Hause ist, denn einer muss nun zu Hause sein.

In einer gelebten Partnerschaft ist das möglich. Mein Mann hat die Betreuung seiner Mutter mit Hilfe unserer jüngeren Tochter zum Großteil selbst übernommen. Trotzdem denke ich, dass es auch für uns alle gut ist, wenn wir gerade in einer privaten Situation das erleben, was es dann wirklich heißt, die Pflege oder die Betreuung eines Angehörigen im Haushalt auch bei voller Berufstätigkeit zu übernehmen.

Als Vorsitzende der Volkshilfe möchte ich ganz einfach zeigen, dass es mir wichtig ist, das noch einmal zu unterstreichen, was vorher schon von allen gesagt wurde. Hier müssen wir sicher einen weiteren oder noch mehrere Schritte unternehmen, um auch im Burgenland die Möglichkeiten abzusichern. Es ist sicherlich schon sehr viel dazu gesagt worden.

Mir hat es auch gut getan, meine Damen und Herren, dass sie mit ihren heutigen Wortmeldungen auch so ein bisschen die Rolle der Frau als die, die letztendlich als die Pflegende überbleibt, beleuchtet haben. Ich bin da sicher eher eine der wenigen Ausnahmen.

Ich bedanke mich bei allen Rednerinnen und Rednern, die auch das erwähnt haben. Es ist nämlich überhaupt nicht selbstverständlich, dass man nach wie vor denkt: In Ordnung, heute stehe ich als Frau in einem Erwerbsverhältnis, morgen muss ich meine Arbeit aufgeben, muss kündigen und bin dann sehr oft nicht mehr versichert. Ich verliere auch, Gott sei Dank nicht mehr ganz, denn es gibt schon die Anrechenbarkeit, einiges an Pension. Trotzdem verliere ich aber sehr viel und gebe auch sehr viel auf.

Es ist wichtig, dass das Frauen noch in der Art auf sich nehmen. In Zukunft werden es aber weniger sein, weil es auch fast nicht mehr zu erwarten und auch nicht zumutbar ist.

Das bedeutet, und lassen sie mich nur noch mal sagen, was schon so oft gesagt wurde:

Eine flexible, bedürfnisorientierte, individuelle Betreuungsform, wir sprechen hier ausdrücklich von Betreuung, ist sicher notwendig, um in Zukunft beiderlei möglich zu machen. Nämlich, den Behalt im Familienverband, der sicher wichtig und richtig ist, was nicht gegen die Pflegeheime spricht, aber wir alle kennen die Einstellung und wir kennen natürlich den Wunsch, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben.

Das geht aber nur insofern, indem man hier ein System findet, dass individuelle Möglichkeiten auch mit dementsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zulässt. Es wird aber auch eine erhöhte Anrechenbarkeit für Frauen und Männer, die als Pflegeangehörige auftreten, notwendig sein.

Diese Anrechenbarkeit darf allerdings nicht nur in einer sozialen Absicherung enden, sondern muss sich vor allem auch in der Anrechnung der Pensionszeiten niederschlagen. Daraufhin werde ich als Regierungsmitglied auch sicherlich meine Arbeit in diesem Bereich lenken. Ich bitte sie dafür natürlich auch um ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank übrigens allen Hilfsorganisationen für ihre Arbeit. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Danke Frau Landesrätin. Ich darf nun Herrn Univ.Prof. Mazal um eine Zusammenfassung beziehungsweise Stellungnahme zu dem bisher Gehörten bitten.

Bitte Herr Professor.

o. Univ.Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mazal: Darf ich nur kurz die Gelegenheit dazu nutzen, weil das immer wieder auch in anderen Bundesländern ein Problem ist. Natürlich stand vor 150 Jahren an der Spitze meiner Vorfahren in Österreich auch ein Mazál. Mittlerweile heißen wir einfach Mazal. (*Allgemeine Heiterkeit*) So.

Die andere Geschichte ist, ich möchte nicht zusammenfassen und etwas wiederholen, was bereits gesagt wurde.

Ich möchte, Ihnen im Gegenteil, am Schluss noch etwas mitgeben, was mir persönlich wichtig ist.

Nämlich, Sie haben es in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren in der Hand, das Thema zu lösen.

Ein Instrument, das kurz angesprochen wurde, möchte ich hier als Erstes nennen, nämlich, die Gesundheitsplattform. Handlungsbedarf auf Bundesebene mit Geriatrien oder nicht Geriatrien hat man eigentlich nicht.

Das Thema ist bereits auf Landesebene und das können Sie in der nächsten Sitzung der Gesundheitsplattform beginnen, miteinander zu lösen.

Wo lassen wir einen Standort auf? Wo schränken wir ihn ein? Wo bauen wir ihn aus? Das alles ist Landesaufgabe.

Ergänzend dazu haben Sie auch noch viele andere Möglichkeiten, die ich ganz kurz nur ansprechen möchte. Die Nagelprobe auf Landesebene wird sein, inwieweit man die Wohnbauförderung nutzt.

Um das Thema auf den Boden zu bringen: Es wird sich nicht die Frage stellen, ob man höhere Zuschüsse gibt, wenn jemand pflegegerecht baut, sondern, die Frage wird lauten: Gibt man überhaupt einen Zuschuss, wenn er dieses Thema außer Acht lässt?

Sie haben auch die Vereinsförderung in der Hand. Geben Sie Vereinen weiterhin Geld, wenn sie sich nicht in den vom Herrn Bürgermeister, wo ist er, jetzt weiß ich, (*Abg. Leo Radakovits: Da bin ich!*) ja von Ihnen gemachten Vorschlag einklinken? Die Vereinsförderung ist nämlich auch ein Instrument, um den von Ihnen beschriebenen so wichtigen Prozess des vernetzten Menschen zu verwirklichen und der Einsamkeit vorzubeugen.

Machen Sie auf Gemeindeebene Beschlüsse, wo Sie sagen: Wir nehmen das Thema der Zusammengehörigkeit als gemeinsame Aufgabe unserer Gemeinde und sagen, was könnt ihr beitragen, liebe Feuerwehr, macht uns einen Vorschlag. Was könnt ihr beitragen, lieber Musikverein, macht uns einen Vorschlag. Wer uns keinen Vorschlag

macht, bei dem werden wir uns bei den Subventionen auch im eigenen Bereich etwas zurückhalten.

Ich sehe in Pflege- und Betreuungsthema tatsächlich die Chance, die Vernetzung in unserer Gesellschaft zu fördern.

Das ist die Nagelprobe, die, meines Erachtens, auf Landesebene fällig und möglich ist. Dabei wünsche ich Ihnen viel Freude.

Ich bin überzeugt, wenn Sie an einem Strang ziehen, jenseits auch aller politischen Grenzen, dann werden die Bürger es Ihnen sicher danken. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Sehr geehrter Herr Universitätsprofessor! Ich darf mich sehr herzlich für Ihre Stellungnahme bedanken.

Ich glaube, dass viele der Teilnehmer hier einiges von dem, was Sie heute hier dargelegt haben, mitnehmen können. Herzlichen Dank für Ihr Kommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Als Nächstem erteile ich dem Herrn Vizepräsidenten der Ärztekammer, Dr. Milan Kornfeind, das Wort.

Bitte Herr Doktor.

Dr. Milan Kornfeind: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist sehr vieles sehr gut gebracht worden, so dass ich nur das Wichtigste noch einmal für mich wiederholen möchte. Etwas ist vielleicht noch zu erwähnen.

Ein großer Teil unserer burgenländischen Patienten antwortet auf die Frage, wo er seinen Lebensabend verbringen und wo er sterben will: Zu Hause!

Das heißt, die meisten haben große Angst diesen Lebensabend im Spital beenden zu müssen und wollen deswegen zu Hause bleiben.

Die Pflege funktioniert bei uns wirklich gut. Wir haben hervorragende Angebote. Ich möchte mich bei diesen Organisationen recht herzlich bedanken.

Bei der Betreuung haben wir allerdings unser Problem. Wir haben auch gehört, dass sich dieses Problem weiter steigern wird, denn die Anzahl der Betreuenden wird immer größer.

Wenn ich mir dann auch noch die Zahlen, die wir heute genannt bekommen habe, vor Augen führe: 1.400-mal den Beitrag, den wir zu leisten haben! Das sind 2.300 Euro für eine 24-Stunden Betreuung und das ist für die meisten Burgenländer sehr viel Geld.

Das ist wirklich einer der Gründe, warum das derzeit nicht machbar wäre, wenn man diese im Graubereich agierenden Leute nun anmeldet.

Vielleicht wäre eine verpflichtende Pflegeversicherung für die Burgenländer oder für alle Österreicher ein möglicher Weg. Es wundert mich, dass wir hier in Österreich das Problem haben, obwohl in Skandinavien wesentlich mehr für die Pflege zuständig sind und es dort scheinbar besser funktioniert.

Vergessen sie zum Abschluss eines nicht: Diese Regelungen, die wir in den nächsten Wochen und Monaten herausfinden, werden sogar bei uns einmal schlagend werden. In zehn oder 20 Jahren wird das gültig sein und ab dieser Periode werden wir dann auch so gepflegt werden. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Danke Herr Doktor. Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Mag. Werner Gradwohl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich möchte nochmals auf einen Aspekt eingehen, der jetzt zum Schluss schon zweimal apostrophiert worden ist, nämlich auf den Faktor Wohnbau und die Wohnbaupolitik.

Der Herr Vizepräsident und der Herr Professor Mazal haben vorher bereits erwähnt, dass die Wohnbaupolitik und das, was in den vier Wänden geschieht, im Wesentlichen eigentlich ganz wichtig ist.

Die Betreuten wollen in den eigenen vier Wänden auch altern. Daher die mögliche Forderung vielleicht als Vision: Die Burgenländische Wohnbauförderung, von der wir immer sagen, dass sie eine sehr gute ist, ist mit dem Angebot oder mit der Auflage, hier auch in diese Richtung Adaptionen vorzunehmen, noch zu verbessern.

Mit breiteren barrierefreien Zugängen und Türen, aber auch mit Veränderungen im Nassbereich könnte aus dieser Vision eine Prävention für die Pflegebedürftigen werden.

Wir haben in der Vergangenheit die Burgenländische Wohnbauförderung immer wieder auf Ratschläge und auf Vorschläge adaptiert. Auch das könnte also in eine neue Novelle einfließen. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Zwei Anmerkungen noch zur Pflegelehre: Selbstverständlich ist nicht daran gedacht, einen 24-Stunden Turnus zu haben, sondern, der Herr Professor Mazal hat das ebenfalls angeführt, es kann natürlich auch einen Sechs-Stunden, Acht-Stunden, 12-Stunden Rhythmus geben. Es geht hierbei um das Spazieren gehen und um das Essen geben.

Es geht vordergründig um Betreuung. Deshalb möchte ich diesbezüglich auch die Frau Dr. Belakowitsch-Jenewein fragen, ob sie uns zu diesem Berufsbild, das mit der Pflegelehre beginnt, etwas sagen oder uns auch nähere Details bekannt geben kann?

Zu meinem Schluss noch als Anregung, Herr Landesrat Rezar:

Ich glaube, dass es im Burgenland sehr sinnhaftig wäre, diese Tatsatzregelung einfach aufzuheben. Jeder Betreuungseinrichtung, die gebaut wird, die eine Mindestbettenanzahl hat, und die als dementsprechende Einrichtung so gestaltet wird, wie sie vorgesehen ist, sollte man dann wirklich auch eine Tatsatzung geben.

Ich verstehe das absolut nicht, wie man hier sagen kann: Du bekommst eine Tatsatzung, und du nicht.

Ich glaube, das wäre auch für das Burgenland eine dringliche Anregung.

Präsident Walter Prior: Bitte.

NAbg. Dr. med. univ. Dagmar Belakowitsch-Jenewein: Zum Thema Pflegelehre wäre folgendes zu sagen. Jetzt sind, leider Gottes, die beiden anderen Experten, die das so vehement abgelehnt haben, nicht mehr da.

Ich glaube, dass die Pflegelehre nicht von vornherein abzulehnen ist. Es ist jetzt einmal ein Schlagwort. Wie das dann im Genauen aufgebaut wird, das müssten sich die Experten dann überlegen.

Wir haben heute gehört, dass es nicht nur um reine Pflege, sondern um Betreuung und Pflege geht. Das heißt, es ist ein Lehrberuf, der hier ein unterschiedliches Muster hat. Im Laufe einer Lehrzeit können Jugendliche und junge Menschen wirklich daran herangeführt werden.

Auch das, was der Herr Professor Mazal gemeint hat, nämlich, dass die Alterschicht 40 Plus hier sozusagen herangezogen werden soll, um das einmal in Kursen, die das AMS fördert, zu erkennen, wäre möglich. Er ist jetzt leider nicht mehr da, aber, ich glaube, dass Kurse nicht unbedingt das beste Rezept sind, um hier die wirkliche Arbeitssituation von einem Pflegepersonal zu vermitteln.

Ich glaube viel eher, dass junge Menschen, und da muss ich dem Gesundheitssprecher der Volkspartei ganz massiv widersprechen, idealistisch sind und eine viel größere psychische Toleranz haben, als man ihnen das zutraut.

Es ist nämlich auch schon heute so, dass oft 17-jährige PflegeschülerInnen in Pflegeheimen Praxis machen. Sie verkraften das im Allgemeinen ganz gut.

Ich glaube, da ist genau in diesem Bereich einer Lehre die Möglichkeit gegeben, junge Menschen hier langsam heranzuführen.

Es ist mir schon klar: Ich möchte jetzt natürlich auch nicht einen 15-jährigen Burschen oder 15-jährige Mädchen unbedingt auf eine Onkologie setzen, wo er den ganzen Tag nur sterbende Menschen sieht. Das kann es nicht sein. So soll es auch nicht sein.

Da bin ich natürlich ganz bei Ihnen. Aber, ich glaube, man sollte es nicht vom Tisch wischen, denn ich hab eigentlich ein großes Problem damit, wenn ich gehört habe, man sollte beim Pflegepersonal Matura oder das Studium der Pflegewissenschaften einführen.

Ich befürchte ganz ehrlich, dass wir dann noch weniger Pflegepersonal haben werden. Denn eines darf uns im Hinterkopf nicht abhanden kommen: Gerade im Pflegepersonal gibt es immer wieder sehr viele Berufsaussteiger. Maturanten werden dann auf die Universitäten gehen und das Studium der Pflegewissenschaften absolvieren. Ganz ehrlich gesagt, kann ich mir das nicht vorstellen, dass Akademiker sich hinstellen und wirklich hier ihr ganzes Leben pflegen.

Da bringen wir eigentlich eine Berufsgruppe sozusagen wieder heraus aus ihrem Beruf. Es ist nämlich für eine Pflegeperson nicht wichtig, welchen Berufsabschluss sie hat. Es ist vielmehr wichtig, dass sie die richtige Einstellung hat und auch den nötigen Idealismus mitbringt. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Frau Nationalratsabgeordnete! Ich bedanke mich auch bei Ihnen, dass Sie sich als Expertin zur Verfügung gestellt haben. Ich glaube, dass das Problem doch von verschiedenen Seiten beleuchtet wurde und wir von jedem etwas mitnehmen konnten. Herzlichen Dank.

NAbg. Dr. med. univ. Dagmar Belakowitsch-Jenewein: Ich möchte mich noch einmal herzlich für diese Einladung bedanken. Das habe ich wirklich als eine ganz tolle Veranstaltung gefunden. Ich bin auch vor allem über das Niveau, das hier von der Galerie gekommen ist, ganz überrascht.

Danke schön. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Danke Frau Abgeordnete. Ich kann nur sagen: Empfehlen Sie uns weiter. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Ich darf zum Abschluss dieser Veranstaltung noch den zuständigen Soziallandesrat bitten. Herr Landesrat Dr. Rezar!

Bitte um einen Abschlussbeitrag.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geschätztes Fachpublikum! Auch ich darf mich abschließend sehr herzlich bedanken. Herr Präsident! Es sei mir in aller Kürze gestattet, auf die eine oder die andere aufgeworfene Frage gleich direkt Bezug zu nehmen.

Ich darf beim Herrn Klubobmann Tschürtz beginnen. Wir haben sehr bewusst im Bereich des Bedarfs- und Entwicklungsplanes für die Pflegevorsorge, für unser Heimatland den Aspekt mitbetrachtet, dass eine vernunftvolle regionale Gliederung, im Sinne einer möglichst wohnortnahen Betreuung auch ökonomisch machbar sein müsste.

Ihre Forderung einer offenen Freigabe, das heißt für jede Einrichtung die geschaffen wird, auch automatisch einen Tagsatz zu gewähren, würde bedeuten, dass einige Einrichtungen, in Folge mangelnder ökonomischer Möglichkeiten, wahrscheinlich in den Konkurs getrieben werden. Daher gehen wir von der jeweiligen Bedarfsanalyse in der Region aus und vergeben nach Maßgabe dieser Prüfungen Tagsätze.

Es ist auch völlig klar, dass jede neue Einrichtung und viele Institutionen, viele VertreterInnen der Betreiberorganisationen sind ja hier anwesend, im Regelfall eine gegen 100 Prozent gehende Auslastung benötigen, so sind die Tagsätze angelegt. Das heißt, sie brauchen eine 97, 98-prozentige Auslastung, um eine derartige Einrichtung ökonomisch betreiben zu können.

Mit jeder neuen Einrichtung, die in etwa ein halbes Jahr, bis ein Jahr benötigt um einen Vollbetrieb entwickeln zu können, entsteht eine so genannte Sogwirkung. Das heißt, es werden die eine oder andere Einrichtung über mangelnde Auslastung klagen und dann können sie mit dem vereinbarten Tagsatz nicht mehr auskommen. Ich habe in meinem Statement ausgeführt, dass wir derzeit 1.870 Plätze vorhalten und im Regelfall sind etwa 150 Plätze nicht ausgelastet. Das heißt, wir haben schon derzeit keine Vollauslastung. Zusätzliche Einrichtungen würden die Problematik noch verschärfen.

Ich hoffe, Ihnen damit erklären zu können, dass Ihre Forderung völlig kontraproduktiv wäre und viele Einrichtungen damit erhebliche Probleme hätten. Ich möchte auch auf einige andere Debattenbeiträge hinweisen, etwa insbesondere der Bereich der Beratung und Betreuung. Es war uns sehr, sehr wichtig, dass wir bei Auftreten eines Pflegefalles auch die Beratung der Angehörigen und der Betroffenen direkt vom Land organisieren.

Wir haben mit der ARGE Hauskrankenpflege auch diese Vereinbarung, damit jeder beantragte Beratungsfall auch voll vom Titel der Sozialhilfe bezahlt wird. Wir haben im vergangenen Jahr 1.600 derartige Erstberatungen für die Betroffenen kostenlos durchgeführt.

Ich bin mir bewusst, dass wir hier noch ausbauen und verbessern müssen. Ein Mehr an Beratung, ein Mehr an Information ist hier jedenfalls hilfreich. Wir werden schon in diesem Jahr in zwei Bezirken, nämlich in Mattersburg und Oberpullendorf zusätzliche Beratungs- und Informationsdienste anbieten um hier Verbesserungen herbeizuführen.

Wir haben, und da spreche ich den Herrn Präsidenten Radakovits an, zu seinem Statement, in der Vergangenheit Gesundheits- und Sozialsprengel entwickelt, von denen wir überzeugt sind, dass sie ein sehr adäquates Mittel sein können, gerade in einer Struktur wie dem Burgenland. Um hier eine starke Vernetzung herbei zu führen, wo wir

auch ganz bewusst unsere Kreis- und Gemeindeärzte ins Zentrum der Betrachtung geschoben haben.

Sie sollten dieses Management vor Ort gemeinsam mit dem Bürgermeister, mit der Gemeindevertretung wahrnehmen um hier auszuloten, welche Angebote gibt es, welche allenfalls fehlen, wie könnte man eine stärkere Vernetzung herbeiführen, um so diese Gesundheits- und Sozialsprengel, die wir theoretisch formuliert haben auch in der Praxis umsetzen können. Je dynamischer wir hier vorgehen können in unserem Heimatland, um so Ziel führender wird es letztendlich auch werden können.

Herr Dr. Just hat in seinem Statement gemeint, man könnte durch den Bau von zusätzlichen Altenwohn- und Pflegeheimen hier Abhilfe schaffen. Das ist nur bedingt möglich. Ich verweise hier auf meine Ausführungen zuvor. Wir haben derzeit freie Kapazitäten zum Einen, dann haben Sie auch, wenn ich Sie richtig verstanden habe, einen Qualitätsabbau das Wort geredet. Verringerung von Raumgrößen et cetera, können wir hier unseren pflegebedürftigen betagten Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht zumuten.

Ich denke, dass wir hier mit größter Sorgfalt, auch im Hinblick auf qualitative Angebote vorgehen müssen. Denn ansonsten wäre das aus meiner Sicht sicherlich eine Missachtung der pflege- und hilfsbedürftigen Mitmenschen. Es gibt im Burgenland Regresse, es gibt Selbstbehalte und da bin ich auch schon bei der Dame aus Wien, sie ist leider nicht mehr hier.

Es gibt im Burgenland Regresse und so funktioniert das Modell, dass wir dann Regresse von den Angehörigen einfordern, vornehmlich von den Kindern, wenn verwertbare Vermögen vorhanden sind. Wenn Häuser, Grundstücke, sonstige Vermögen da sind, gibt es natürlich sozial gestaffelte Regresse.

Das ist ja vielfach auch da oder dort ein Hemmschuh, wo der eine oder andere Betroffene sagt, ich organisierte mir die notwendige „Pflege“, sage ich jetzt gar nicht, Betreuung auf einem anderen Wege und daher ist das kein probates Mittel.

2.300 Euro habe ich gehört, soll ein derartiges Betreuungsmodell, das in Wien entwickelt worden ist, rund um die Uhr kosten. Das ist mehr, als bei uns im Durchschnitt die stationären Einrichtungen für eine Vollunterbringung verlangen. Das heißt also rein finanziell, ökonomisch gedacht, der Herr Hofrat Rauchbauer hat mich jetzt ganz böse angesehen, werden wir das wahrscheinlich nicht umsetzen können.

Sollten wir einmal in die Lage versetzt werden, uns das auch leisten zu können und zwar die Gesamtheit der öffentlichen Hand, dann werden wahrscheinlich Einrichtungen stationärer Art obsolet, weil dann würde wahrscheinlich jeder sagen, ich lasse mich zu Hause in den eigenen vier Wänden rund um die Uhr entsprechend betreuen. Denn hier habe ich ein Optimum, hier fühle ich mich am allerwohlsten, hier geht es mir letztendlich am allerbesten.

Es ist mir auch bewusst, dass wir mit den Normkosten, die wir im Burgenland derzeit haben und ich darf in Erinnerung rufen, für eine diplomierte Kraft 45,70 Euro in der Stunde, für eine Pflegehilfekraft 36,60 Euro und für eine Heimhilfe 27,10 Euro und mit den Landesbeiträgen hier sicherlich noch einen gewissen Aufholbedarf haben. Hier können wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten verbessern.

Ich weise aber ausdrücklich auf den Umstand hin, dass wir damit unser Kernproblemgebiet, nämlich die „rund um die Uhr-Betreuung“ sicherlich nicht ansprechen können. Wenn man den Gerüchten Glauben schenken darf, dass in diesem Graubereich

pro Stunde etwa im Durchschnitt zwei Euro bezahlt werden, dann können Sie ermessen, dass das Bruchteile dessen sind, was wir in unseren Kategorien für die Stunde zu leisten haben.

Sie sehen also, wir haben es hier mit einer großen Kernproblematik zu tun. Aber ich glaube, es ist sinnvoll und wesentlich, dass wir alle gemeinsam erkannt haben, wohin wir uns letztendlich bewegen werden müssen. Wo das auch Hand in Hand gehen muss, mit der zur Verfügung Stellung der entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen ist auch klar und dass wir uns hier als Land auch mit den burgenländischen Gemeinden in einem Boot befinden, ist selbstverständlich.

Ich lade daher alle Damen und Herren Abgeordneten, aber auch alle Institutionen recht, recht herzlich ein, künftighin an sehr fundierten, nachhaltigen aber in der Qualität sehr, sehr probaten Lösungsvorschlägen mitzuarbeiten und darf mich abschließend bei Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, für die Abhaltung und die hervorragende Organisation dieser Enquete recht herzlich bedanken.

Ich glaube es war ein starkes, ein lebendiges Zeichen auch aller Institutionen in diesem Bereich, in unserem Heimatland, dass sie so profunde diese Enquete begleitet haben. Ich darf mich als zuständiges Regierungsmitglied auch bei Ihnen auf das Allerherzlichste auch bedanken. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Ich darf diesen Dank zurückgeben. Den Dank zurückgeben an das Hohe Haus, an die Mitglieder der Landesregierung und an Sie alle, die Sie die Institutionen hier vertreten haben, auch für die rege Diskussion die stattgefunden hat.

Wir wissen, dass das heute kein Abschluss gewesen sein kann, dass es hier kein abschließendes Ergebnis gegeben hat sondern, dass der Diskussionsprozess weitergehen muss. Der Herr Landesrat hat ja auch jetzt in seiner letzten Stellungnahme darauf hingewiesen, es sind verschiedene Lösungsansätze heute auch angeboten worden, es ist in der Diskussion sehr viel gesprochen worden, dass es Verbesserungsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen gibt. Ich glaube das muss jetzt weiter verfolgt werden.

Es war aber eine sehr sachliche Diskussion von allen Seiten hier, die abgehalten wurde und ich würde mir wünschen, dass jede Landtagssitzung in dieser sachlichen Art ablaufen würde, wie die heutige. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das war das Thema heute.)* Das Thema war heute natürlich heute eines, das uns alle berührt. Aber es gibt viele Themen im Landtag zu behandeln, die auch sehr viele berühren und alle berühren. Ich habe nur einen Wunsch geäußert, Herr Klubobmann, und ich würde mir das wirklich wünschen.

Eines muss uns klar sein, meine Damen und Herren, wenn wir all das, was heute angeregt wurde, diskutiert wurde, auch umsetzen wollen, dann dürfen wir beim Nachtragsvoranschlag nicht nachdenken warum die Sozialleistungen wieder gestiegen sind. Sie, Herr Klubobmann, haben das angeschnitten, dass die Gemeinden das natürlich auch verspüren. Ich glaube, dass wir hier in einem Bereich tätig sind, wo wir ganz einfach von der öffentlichen Hand, sei es vom Bund, sei es vom Land, sei es von den Gemeinden, mehr Geld investieren werden müssen.

Das ist uns jetzt schon klar, aber auch die Privaten glaube ich, haben in der Zwischenzeit zur Kenntnis nehmen müssen, dass Pflegeleistungen nicht zum Nulltarif zu haben sind. Und ich glaube, es sind heute alle gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen,

diese Diskussion fortzuführen und gemeinsam zu versuchen diese Problematik, die aufgezeigt wurde, auch entsprechend zu lösen.

In diesem Sinne darf ich mich noch einmal bei Ihnen allen bedanken und darf die heutige Enquete für *g e s c h l o s s e n* erklären. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

Schluss der Enquete: 13 Uhr 42 Minuten